



stellungen von leichten Funkstationen und Motorrädern hin, die an verschiedenen Firmen ergingen. Für die Ausstellung neuer Batterien und Bebeschaffung von Geschützen bei der Feldartillerie werden im Jahre 1914 etwa 210 Millionen Mark vorausgabt werden, auch die schwere Artillerie des Heeres wird eine derartige Vermehrung erfahren, daß jedes Armeecorps über eine Abteilung davon verfügt. — Die Festungs- und Belagerungskanonen soll in der Zeit von 1918 bis 1920 mit einem Kostenaufwand von etwa 400 Millionen Mark mit modernem Geschützmaterial ausgestattet werden. — Schließlich werden die technischen Truppen voraussichtlich erheblich vermehrt werden. Neben der Ausstellung neuer Eisenbahn-Bataillone, Kraftfahrkompanien und Schwerer Kommandos, werden natürlich die Fliegertruppen hierbei in erster Linie berücksichtigt werden. In welch großzügiger Weise hierbei vorgegangen wird, beweist die fürstlich erfolgte gleichzeitige Bestellung von 400 Flugzeugen bei russischen Fabriken.

Das Zusammentreffen aller der hier nur andeutungsweise gekennzeichneten Faktoren bedeutet eine ständige Gefahr für den europäischen Frieden, weil jeden Tag gefürchtet werden muß, daß die Manier der russischen Diplomatie Russland unter dem Druck der nationalistischen Heger sowohl herausführt, daß es nicht mehr zurück kann. Die Gefahr wird besonders akut für Deutschland angefacht, der in zwei Jahren beginnenden Handelsvertragsverhandlungen. Wenn von russischer Seite schon jetzt bei der Vorbereitung der Verhandlungen mit Bräsen gearbeitet wird, wie wir sie jüngst in der Moskauer Handelskammer hörten (die Erklärung Delbrück im Reichstag, Deutschland beabsichtige es beim alten Tarif zu lassen, sei eine Herausforderung Russlands), so sind die Verhandlungen selbst eigentlich nur noch unter den Mündungen geladener Geschütze denkbar, und wer von beiden Seiten den Bluff am längsten wird durchhalten können, wird Sieger bleiben. Dies drohen und spielen mit dem Feuer, dessen wir uns von russischer Seite zu gewöhnen haben, macht die allgemeine Situation um so un Sicherer, je zahlreicher und unkontrollierbarer die Einflüsse sind, die schließlich den Ausschlag geben können; man erinnere sich, daß der Balkankrieg im Jahre 1877 von einer kleinen Clique angezettelt werden konnte, und daß der Krieg mit Japan gegen den ausdrücklichen Willen des Barren losbrach. Bis vor zwei Jahren lebte man in den kriegerischen Kreisen noch in der Furcht vor der Revolution; diese Furcht schwand mehr und mehr nach dem glücklichen Celingen der Lazarusreform, auch noch Erkenntnis des wohltuenden Einflusses der neuen Abgrenzung der militärischen Dienstzeit. Den müssen schwärt der Raum! Sie glauben mit ihrem gewaltigen Menschenreervoir bald allein, selbstständig und ohne Anlehnung an die europäischen Staaten handeln zu können. Dabei ist in ihren gebildeten Schichten nicht durchgehends das Staatsbürgertum verantwortungsbewußt so weit entwölft, wie bei den älteren Kulturböllern. Wenn es im Anschluß an die Balkankriege nicht zum Kriege gekommen ist, so war daran die mangelnde Bereitschaft Frankreichs schuld. Auch heute ist Frankreich durchaus im Rückstande. Die französische Armee steht mittler drin in einer schweren Krise; sie wäre kaum anders zu mobilisieren, als daß man den zweiten Rekrutenjahrgang zurückläßt und statt dessen Reservisten einzöge; nirgends bei den Kompanien und Schwadronen gibt es eine genügend große Zahl ausgebildeter Mannschaften, um so mehr Rekruten, die nicht intensiv ausgebildet werden können; bei der Kavallerie tritt erschwerend der Mangel gut durchgerittener Rekrutenferde hinzu. In dem Moment, in dem die russische Kriegspartei sich unabhängig von Frankreichs Bereitschaft weist, wird sie mit allen Mitteln zum Kriege drängen, gegen den als alleiniges Werk lediglich die Freundschaft zwischen Bar und Kaiser vorhanden ist.

## Kopps Nachfolge.

(Von unserem römischen Korrespondenten.)

S. Rom, 9. März.

Ein italienisches Blatt schreibt, und darin stimme ich ihm eindringlich bei: man könnte glauben, ein Spukdoge hätte die Karriere des Prinzen Max von Sachsen zur Diskussion

gebracht. Ein paar Mal um die Bahn — und dann ist alles wieder aus, das Rudel ist wieder besammelt, die Eregung im Rundschau ab und ertrinkt im Alkohol, die Frauen wenden sich wieder ihren Kavalieren, die Sensation ist genossen. Es war halt doch nur ein Sensation.

Es fällt mir nicht ein, mich nun um eine Gedankenbrücke zu bemühen, wenn ich vom Schätzgerennen, dem Milieu der falschen Werte, zum Herrenhaus gelangen will, in dessen Wandhalle augendäglich eine Züll höchst edler Werte zu sehen ist. Denn gerade in der Krottheit der Gegenwart liegt der Reiz des modernen Berlin und man schadet seiner Physischen nur, wenn man überall Überhänge und Zusammenhänge suchen will. Freilich warten sie in diesem Hause vielleicht gar nicht so schwer zu finden. Wie man beim Schätzgerennen allmählich von ihrer sportlichen Hochschwung zu ihre vollen Verachtung gekommen ist, so bedeutet die Ausstellung südwestafrikanischer Edelsteine im Herrenhaus die Erkundung einer ungelenkten Entwicklung, von jenem lautem oder leisen Hohlgelächter, mit dem die ersten Nachrichten von Diamantensuchern in Deutsch-Südwest aufgenommen wurden, bis zu der staunenden Bewunderung, mit der man die mannigfachen Funde dieser kleinen, aber wertvollen Zusammenstellung betrachtet. Sie lehrt, daß der Boden unserer Kolonie nicht nur Diamanten von seltenem Feuer, sondern auch eine ganze Reihe anderer Edelsteine hergibt, von denen der Heldor durch seine Schönheit besonders auffällt. Aus dem Besitz der Kaiserin ist ein Heliodorkreuz ausgestellt, das alle Pracht des blaugrünen Steins vor uns aufleuchtet läßt. Ganz tiefrote Granaten, Topaze von einem durchsichtigen Weinrot, meergrüne Aquamarine, eine wundersame Kette aus rötlich schimmernden Augeln von Rosenquarz lenken auch männliche Aufmerksamkeit auf sich. Denn diese

gestellt. Eigentlich sollte man auch in Deutschland nicht ein so kurzes Gedächtnis haben und wissen, daß dieser Prinz im Balkan „unter“ ist. Er gilt denen, die ihm freundlich gegenüberstehen, als origineller Kopf. Aber der Prinz hat in Rom sehr wenige Freunde. Diejenigen, die ihm mißwollend gegenüberstehen, drücken sich unzarter aus. Es ist 8½ Jahre her, daß Prinz Max wegen seiner bekannten Publikationen über die Auslöschungsmöglichkeiten zwischen der orthodoxen und der römischen Kirche ad audiendum verbum nach Rom kam. Auch wenn man ihm jenen „Lapsus calami“ schon vergessen hätte, so liegt doch noch eine Reihe anderer Dinge vor, die dem Prinzen die Möglichkeit einer hervorragenden Bischofskandidatur verschaffen. Doch sprechen wir nicht erst von diesen an sich wenig belangreichen Dingen. Wenn auch von dem Bischof Horst und Schulte als Kandidaten für Breslau die Rede war, so kann noch Berlaubungen in gut informierten vatikanischen Kreisen heute nur gesagt werden, daß auch diese beiden Herren ernstlich gar nicht in Frage kommen. Dagegen hat der preußische Geistliche beim Heiligen Stuhl bereits beim Papst angefragt, ob der Bischof von Bonn von Breslau und der Generalabt der Benediktiner v. St. Goar auf dem Papstwahlkonsistorium, wenn nicht zuvor die Breslauer Frage erledigt wird, ein deutscher Kardinal ernannt wird.

## Deutsches Reich.

\* Der Kaiser und die deutsche Vogelschuhbewegung. Neuerdings hat der Kaiser, dem „Berl. Vol.-Asg.“ zufolge, sich Bericht erzielen lassen über den Stand und die Ausbreitung der Vogelschuhstätten im Deutschen Reich, und damit seiner lebhaften Anteilnahme an der deutschen Vogelschuhbewegung wiederum Ausdruck verliehen. Dabei hat es den Kaiser mit ganz besonderer Freude erfüllt, daß durch Regierungsmassnahmen, die teilweise seiner Anregung bzw. Entscheidung verdanken, der Schuh der heimischen Vogel erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen hat. Als vorbildlich darf hier bekanntlich das Vorgehen der Eisenbahnverwaltungen erachtet werden, die durch Beplanzung der Wälder mit Gebüsch zum Schutz der Vogel beigetragen haben und damit dem Verschwinden so mancher Vogelart Einhalt gehalten haben. Wie rege das Interesse des Kaisers an der Vogelschuhbewegung ist, beweist der Umstand, daß auf seinen Wunsch auf dem Königlichen Schloß zu Celle eine vorbildliche Vogelschuhstätte eingerichtet ist. Der Kaiser ließ die ganze westliche Schloßberganhöhe zu einem Vogelschuhghölz ausgestalten. Der Antrag des Kaisers auf die lebte seit mehrfach die Anlage größerer Vogelschuhstätten gebracht, von denen die auf der Insel Hiddensee eine der bekanntesten ist. Es sprechen mehrfache Anzeichen dafür, daß man sich seitens der Regierung nicht mit dem bisher Erreichten zu begnügen gedacht. So sind den Ministerien für Landwirtschaft und öffentliche Arbeiten in neuerer Zeit mehrfach Anweisungen zum Schutze der Schwäbischen zugewiesen. Es steht zu hoffen, daß ländliche Gemeinden dem ländlichen Beispiel nachfolgen werden durch Schaffung geeigneter Anlagen. Neuerdings hat auch die Militärverwaltung auf den ihr gehörenden Geländen Anlagen zum Vogelschuh geschaffen, indem sie in den Gärten der Kasernen und Lazarette Vogelschuhstätten geschaffen hat.

\* Ein agrarischer „Willkommenstruß“ für den neuen handelspolitischen Leiter im Auswärtigen Amt. Zum Nachfolger des demnächst aus seinem Amt scheidenden Direktors der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes ist, wie bereits gemeldet, Generallöns Johannes ausgewählt. Die „Deutsche Tageszeitung“ läßt dem kommenden Direktor bereits eine Warnung zulässen. Sie teilt mit, daß sie mit Herrn Johannes früher manchen Streit habe ausfechten müssen; sie wolle ihm trotzdem nicht von vornherein Misstrauen entgegenbringen, sondern abwarten, wie er sein Amt führen wird.

Ausstellung, die vom Deutschen Frauenverein für Krankenpflege in den Kolonien arrangiert ist, lohnt natürlich in erster Linie die Frauen. Sie sorgen sich am dichtesten um die Vitrine der Diamantentriebe, in der neben lautem Gold die glühenden Steinchen funkeln, nach denen das Herz der Frauen nun einmal steht. Unsere Männer interessieren vielleicht mehr die wirtschaftlichen Errungen. Im letzten Rechenschaftsbericht der Regie findet man bereits eine Jahreserlöse von fast 54 Millionen für diese Steine. Dabei hat man bisher nur geringe kleine gefunden, von 1/2 bis 1/4 Karat Gewicht, doch zeigt die Ausstellung, daß Funde von über 20 Karat neuerdings nicht mehr selten sind. Sehr reich ist auch der Bestand an Halbedelsteinen, die überwiegend in den Schleifereien von Idar zur Verarbeitung gelangen. Eine kostliche grüne Lapisplatte aus Malachit lenkt die allgemeine Aufmerksamkeit an sich.

Unterlegt wird der lebendige Eindruck der Ausstellung durch die instruktiven Ausführungen des Katalogs sowie durch eine Anzahl Aufnahmen aus den Fundgebieten unserer Kolonien. Man gewinnt aus all diesen Dingen zusammen das Empfinden, daß es sich für uns da unten im dunklen Erdteil doch um mehr handelt als ein bloßes Prestige. Und das ist für viele Besucher dieser Jahrzeitlichen Ausstellung nicht nur ein Sensation, sondern fast schon eine Sensation.

Erich Nöhre.

## Aus Kunst und Leben.

\* Das Land der Literaturpreise. Einer der führenden französischen Verleger ist mit dem Plan hervorgetreten, einen neuen großen französischen Literaturpreis zu schaffen; alle Verleger sollen sich bei dieser Aufgabe zusammenfinden, um

— Die 11. Generalversammlung des „Verbaudes Deutscher Waren- und Kaufhäuser e. V.“ fand am Dienstag, 8. März, in Leipzig im „Königshallepalais“ statt. Nachdem der Vorsitzende Herr Oskar Tieck, die sehr zahlreich erschienenen Mitglieder begrüßt hatte, wurde der Antrag hannoverscher Mitglieder angenommen, zu den Auszeichnungen je ein Mitglied aus den verschiedenen Bezirken Deutschlands hinzuzuziehen. Gemäß Punkt 2 der Tagesordnung „Sitzungsänderung“ wurde noch einem kurzen Berichte von Herrn Dr. Bernide die vorgeschlagene Änderung des § 6 angenommen, durch die die Zahl der zu wählenden Mitgliedsmitglieder von 10 auf 21 erhöht wurde. Bei den soeben vorgenommenen Ausführungen wurden die auscheidenden Mitglieder wieder und 8 Mitglieder neu gewählt. Zur Rekurrenz der Konkurrenzmais der alterierten Herr Dr. Bernide führte die Befürchtung der Reichstagssommision und hob hervor, daß, da diese über die Zuständigkeit der Reichsregierung weit hinausgingen, die Vorlage höchstwahrscheinlich ablehnt würde. Zum Punkt Mittellungen und Anträge berichtete Herr Bröner über einen Brief, den er in Frankfurt a. M. gegen den dortigen Rabattiparverein führte, ferner berichtete Herr Voigt über die Frage der Sonntagsruhe und die Herren Tieck und Albrecht über die Verbündungen der Künster-Kommission. In der öffentlichen, von ca. 400 Mitgliedern besuchten Versammlung erstatte Herr Dr. Bernide den Jahresbericht und Herr Stein den Haushaltsertrag, worauf dem Vorsitzende Entlastung erteilt wurde.

## Heer und Flotte.

Die graue Felduniform. Zu den mithäufigen Äußerungen in der bayerischen Kammer über die neu eingeführte graue Felduniform schreibt die „R. vol. Korresp.“: Auch von der preußischen Heeresverwaltung wird nicht verkündet, daß die neue Felduniform neben vielen Vorteilen auch Nachteile in sich bringt, an deren Abstellung aber ernstlich gearbeitet wird. Der Hauptnachteil wird darin gesehen, daß infolge der Gleichfarbigkeit des Modellstücks und vor allem der Farbe eine Verwechslung sowohl unter den eigenen Truppen als auch im Ernstfalle mit feindlichen Truppen, die bekanntlich auch die feldgraue Uniform tragen, sehr leicht möglich wird, da eine Unterscheidung selbst auf geringe Distanzen schwierig ist. Man trägt sich daher mit Erwägungen, zu der Felduniform wieder die farbigen Armbücher und Aufschläge in den alten Waffenfarben einzuführen, oder den grauen Armbücher wenigstens mit einem Spiegel in diesen Farben zu versehen.

Hundertjahrfeier des Garde-Schützen-Bataillons. Das Garde-Schützen-Bataillon in Berlin-Lichterfelde hat alle ehemaligen Angehörigen des Bataillons zu seiner am 26., 27. und 28. Mai 1914 stattfindenden Hundertjahrfeier eingeladen. Der Kaiser hat sein Erscheinen in Aussicht gestellt. Es wird in den Kreisen ehemaliger Garde-Schützen beachtet, dem Bataillon einen Fonds zum Besten unterstützungsbefürchtiger Oberjäger und Schützen zu stiften. Beiträge werden an den Schatzmeister Kaufmann A. Busch, Berlin O., Fruchtstraße 2a, erbeten und gleichzeitig auch ein vom Bataillon festgesetzter Unlustbeitrag in Höhe von 2 Pf. für Festabzeichen und Programm.

## Ausland.

### Österreich-Ungarn.

Dr. Sviha legt sein Mandat nieder. Prag, 9. März. Der tschechische national-soziale Reichsratsabgeordnete Dr. Sviha, der als Polizeiajagent entlassen wurde, ist von der obersten Nationalvertretung der Tschechen, dem Nationalrat, nach Prüfung des Beweismaterials für schuldig befunden und ausgeschlossen worden. Dr. Sviha hat sein Reichsratsmandat niedergelegt und ist abgereist. Sein Ziel ist unbekannt.

Das Ergebnis der ungarischen Volkszählung. Budapest, 9. März. Das Schlußergebnis der ungarischen Volkszählung stellt sich wie folgt dar: Die Gesamtzahl der Bevölkerung hat sich seit der Volkszählung 1900 von 19 254 550 auf 20 898 488 vermehrt. Von je 100 der Gesamtbewohner sind 56,4 gegen 49,8 im Jahre 1900, von 100 der über 6 Jahre alten Bevölkerung 86,7 gegen 50,3 im Jahre 1900 des Jüdischen und Schreibend kundig. Im ganzen eigentlich Ungarn vermehrte sich die Zahl der magyarisch Sprechenden von 51,4 auf 54,5 von 100 der Gesamtbewohner, dagegen verminderte sich die deutsche Sprache (Notabene: Wenn man der Unparteilichkeit des ungarischen Büroapparats in diesen Dingen Glauben schenken will, was auf einer anderen Seite steht. Schrift.) von 11,9 auf 10,7, die rumänische von 16,6 auf 16,1 und die serbische von 2,6 auf 2,5.

### Schweiz.

Leitung der Indienpost durch den Simplon. Bern, 10. März. Die schweizerische Postverwaltung ist mit der französischen und englischen Postverwaltung in Unterhandlungen eingetreten, die darauf abzielen, die bisher auf der französischen Strecke durch den Mont-Cenis-Tunnel befriedigende

gemeinsam die Preissumme aufzubringen, und die Vereinigung soll durch ein Komitee erfolgen, das sowohl aus unparteiischen Stellvertretern besteht wie aus einer Anzahl von Verlegern, die von der Gesamtheit der Verlagsbuchhändler gewählt wird. Der „Temps“, der diese Mitteilung macht, weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß wohl keine Nation für die Förderung des Schriftstums so großzügig sorgt wie die Franzosen. Frankreich ist in der Tat das Land der Literaturpreise. Jährlich werden verteilt: der Concourt-Preis, der sich auf 5000 Franken beläuft, der ebenso hoch dotierte Preis der „Vie heureuse“, der erst kürzlich gestiftete Preis von 1000 Franken, der Société des gens de lettres verteilt jährlich rund 18 000 Franken an Dichter und Schriftsteller, die Vereinigung der „Fünfundvierzig“ weitere 4 bis 5000 Franken im Jahre, und dazu treten noch die wesentlich höheren Preise, deren Verteilung in den Händen der Académie Française liegt. Die Académie bestimmt jährlich über den „Großen Literaturpreis“ von 10 000 Franken, dazu treten der Montblanc-Preis in Höhe von 18 000 Franken, der große Broquette-Gonin-Preis von 10 000 Franken, der Berger-Preis von 15 000 Franken, der Gobert-Preis von 10 000 Franken, der Jean-Renaud-Preis von 10 000 Franken und noch viele andere Preise, die zum größten Teile aus Stiftungen und Vermächtnissen herrühren, die zugunsten der Literatur gemacht wurden. Allein die Académie bringt jährlich an die Schriftsteller und Dichter 170 000 Franken an Preisen zur Auszahlung, und rechnet man alle die anderen Jahre um Jahr zur Verteilung kommenden Preise dazu, so ergibt sich, daß Frankreich seinen Dichtern und Schriftstellern jährlich nicht weniger als 210 000 Franken, in Wirklichkeit sogar wohl noch etwas mehr, in Literaturpreisen auszahlt.

beren Postfischen, besonders die aus Indien, fünfziglin durch den Simplon-Tunnel zu befördern. Die Verhandlungen sollen bereits dem Abschluß nahe sein.

### Frankreich.

**Der Cherbourger Spionagefall.** Cherbourg, 10. März. Über die Spionageaffäre der Eva Hornetter wird weiter gemeldet: Nachdem der Spionin die bei ihr beschlagnahmten Briefe vorgelegt waren, gab sie zu, daß sie vom Spionagedienst der deutschen Marine nach Cherbourg gesandt worden sei. Sie habe jedoch niemals beabsichtigt, sich geheime Dokumente zu verschaffen, da sie gewußt habe, daß dies unmöglich sei. Dagegen sollte sie sich möglichst genaue Angaben über alle Verteidigungsarbeiten von Cherbourg, dem Stützpunkt des Armeeanals, verschaffen. Einige Tage vor ihrer Verhaftung hat sie sich in einen Vorort von Cherbourg begeben, wo sich zahlreiche Befestigungen befinden, die im Kriegsfall das Erfahrmaterial für Unterseeboote und Torpedos aufnehmen sollen. Die Verhaftete hat den Untersuchungsrichter gebeten, ihrer Schwester in Nancy von ihrer Verhaftung Kenntnis zu geben. Alle Personen, die mit Eva Hornetter in Verbindung getreten sind, sollen vor den Untersuchungsrichter geladen werden.

**Das Ende des Marineingenieurstreits.** Marseille, 9. März. Das Übereinkommen, daß dem Marineminister das Schiedsrichteramt zwischen der Messageries Maritimes und den Maschineningenieuren übertragen ist, heut abend in der Präfektur unterzeichnet worden. Der Dampferbetrieb beginnt morgen früh wieder.

### Portugal.

**Meldes für die deutsch-englischen Verhandlungen.** Lissabon, 10. März. In Beantwortung der Interpellation hinsichtlich der Meldungen über ein deutsch-englisches Abkommen, betreffend die portugiesischen Kolonien, erklärt gestern Ministerpräsident Machado im Senat, daß die Beziehungen Portugals zu diesen beiden Mächten jetzt noch besser seien als in den letzten Zeiten der Monarchie. Die Regierung habe das größte Vertrauen zu ihrer Freundschaft mit Deutschland und dem Bündnis mit England, aber es könne über die schwierenden Verhandlungen nicht antworten.

### Italien.

**Eine französische Pressestimme zur Ministerkrise.** Rom, 10. März. Über die italienische Ministerkrise schreibt der Korrespondent des „Echo de Paris“: Es wird vielfach behauptet, daß ein wie auch immer zusammengesetztes Kabinett in der Hand Giolittis sich befindet, da er in der Kammer eine Gruppe zahlreicher und ihm ergebener Anhänger besitzt. Das kommende Ministerium kann also nur ein provvisorisches sein, das an dem Tage, wo Giolitti wieder die Zügel ergreift, von der Bildfläche verschwinden wird. Genau so war es bei den Ministerien Sonnino und Zugatti. Selbst nach seiner Demission wird Giolitti weiterhin die politische Situation beherrschen, was natürlich denjenigen Männern, die mit der Neubildung eines Kabinetts betraut werden, die Arbeit sehr erschweren wird. Sie müßten sich darauf beschränken, eine untergeordnete Rolle zu spielen. Man ist allgemein der Ansicht, daß es nur unter günstigen Umständen möglich sein wird, ein Ministerium zu bilden, das hinreichendes Ansehen besitzt, um sich in der Kammer und im Ausland durchzusetzen. — Als Mitglied des neuen Kabinetts nennt man u. a. auch den jetzigen Gesandten in Paris, Tittoni.

### Ruhrland.

**Die Auswanderung nach Sibirien.** Petersburg, 9. März. Die Übersiedlung nach Sibirien weist 1913 eine erhebliche Steigerung auf: 827 000 siebelten über und nur 23 000 wanderten zurück. Für das laufende Jahr ist übermals eine Zunahme zu erwarten.

### Balkanstaaten.

**Eine Verfassungsänderung in Rumänien.** Bukarest, 9. März. In der heutigen Sitzung der Kammer wurde ein aus der Initiative von Parlamentariern hervorgegangener Gesetzentwurf verlesen, welcher die Revision der Verfassung fordert, um die Agrarreform durchzuführen. Das gegenwärtige Mihverhältnis zwischen dem großen und kleinen Grundbesitz soll beseitigt werden. Der Entwurf beweist ferner die Durchführung einer politischen Reform durch die Aufhebung der gegenwärtigen Wahlkörper und deren Ersetzung durch einen einzigen Wahlkörper mit der Vertretung der Minderheiten und der Wahlpflicht. Der Entwurf wurde unter Beifall sofort zum Beschluß erhoben.

### Türkei

**Der neue Dreadnought bezahlt.** Paris, 9. März. Nach Plätschern aus Konstantinopel hat der Finanzminister der türkischen Nationalbank 125 000 Pfund zur Bezahlung der letzten Rate für den Dreadnought „Reichsfeld“ angewiesen.

**Der Standpunkt zur Infrafrage.** Petra, 10. März. Wie das „Echo de Paris“ erfährt, hat der Großwesir dem italienischen Gesandten mitgeteilt, daß sich die Pforte unabdingt neigere, einer Entschädigung für die sofortige Räumung der Inseln des ägyptischen Meeres zuzustimmen. Die Türkei verlangt allerdings die sofortige Räumung und hat sich bereit erklärt, über die Frage einer Eisenbahnconcession bei Adalia zu verhandeln, nachdem sie sich vorher mit England ins Benehmen gesetzt hat.

### Afien.

**Die persischen Wiederaufruhen.** London, 10. März. Die „Times“ meldet aus Teheran vom 9. d. M.: Die Lebhaften Wahlen zum Medjlis wurden gestern abend beendet. Die meisten der 12 Deputierten gehören zu den Geheimen, darunter befindet sich der frühere Präsident des Medjlis, der Botschafter in Konstantinopel Muhsit ed-Daula. Der einzige Demokrat, der gewählt wurde, ist der gegenwärtige Kriegsminister. Unter den übrigen Gewählten ist das geistliche Element stark vertreten.

### Südafrika.

**Zur Deportation der Arbeitersührer.** Kapstadt, 9. März. Im Abgeordnetenhaus beantragte Minister Smuts die dritte Abstimmung der Indemnitybill und betonte dabei, daß die Verhöhnung der deportierten Arbeitersührer nicht notwendigerweise eine dauernde sei, da das Einwanderungsgesetz es ermögliche, Deportierten eine zeitlich beschränkte Erlaubnis zur Rückkehr zu geben, falls guter Grund dazu vorhanden sei. Die deportierten Arbeitersührer könnten wegen leichtes Verbrechens verfolgt werden, sie seien aber Leute, die eine soziale Revolution herbeiführen könnten. — Die Indemnitybill wurde mit 70 gegen 12 Stimmen angenommen.

## Aus Stadt und Land.

### Wiesbadener Nachrichten.

#### Das Wetter im Februar und März.

Nach einem echt winterlichen Januar zeichnete sich der Februar, wie seine Vorgänger in den letzten Jahren, wieder durch milde Witterung aus. Fast den ganzen Monat hindurch lag über West- und Nordeuropa tiefer Luftdruck, an deren Stand südwestliche Winde wehten, die im Winter ziemlich warme Witterung und Regenfälle mit sich brachten. Norddeutschland war denn auch schon vom Monatsanfang an bei trübem und regnerischem Wetter frostfrei. In Süd- und Mitteldeutschland dagegen wurde der direkte Einfluß des Tiefdruckgebietes durch den im Südosten liegenden hohen Druck in der ersten Monatshälfte zunächst noch zurückgehalten. Bei schwachen südlichen Winden herrschte vorwiegend heiteres, trockenes und tagsüber frühlingswarmes Wetter, während die Temperaturen nachts noch meist unter den Gefrierpunkt sanken.

Vom 18. an breitete sich der tiefe Druck über ganz Mittel-Europa aus und brachte in den folgenden Tagen auch unserer Gegend trübes frostfreies Wetter mit häufigen Schneefällen. Am 24. trat dann ein plötzlicher Wechsel in den Luftdruckverteilung ein. Während der tiefe Druck verschwand, drang von Nordosten und Südwesten hoher Druck vor, der sich zu einem Hochdruckgebiet über Mitteleuropa vereinigte. Am Monatsende traten daher durch nächtliche Ausstrahlung wieder Nachtfröste ein, tagsüber herrschte jedoch herrliches, sonniges und denngemäß angenehm warmes Wetter.

In einzelnen war das Verhalten der meteorologischen Elemente folgendermaßen: Der mittlere Luftdruck war um 2½ bis 3 Millimeter zu niedrig. Von höchsten Barometerstand, 764 Millimeter am 1., sank der Luftdruck bis zum 22. auf 728 Millimeter. Dieser Wert war einer der tiefsten, die seit 80 Jahren im Februar beobachtet wurden (absolutes Minimum war 726 Millimeter am 21. Februar 1893).

Die mittlere Monatstemperatur betrug in Wiesbaden 2.7 Grad, in Frankfurt a. N. 4.0 Grad. Verglichen mit den Normalwerten war demnach Wiesbaden um 0.9 Grad, Frankfurt aber um 1.0 Grad zu warm. Die ungewöhnlich große Differenz der Mitteltemperaturen beider Städte erklärt sich daraus, daß sich die nach der vorausgegangenen Kälteperiode des Januar immer noch kalten unteren Luftmassen in dem Wiesbadener Talfelde ansammelten, während die warmen südlichen bis südwestlichen Winde in höheren Luftschichten über die Stadt hinwegwehten. Die niedrigste Monatstemperatur (Wiesbaden — 7.7 Grad, Frankfurt — 6.6 Grad) wurde am 5., die höchste (11.8 Grad) am 16. gemessen. Eisstage mit anhaltendem Frost kamen nicht vor, obgleich hatte Frankfurt 9 und Wiesbaden noch 12 Tage mit Nachtfrost. Älter als in unserer Gegend war es in Süddeutschland, im Königreich Sachsen und im Osten des Reichs, mit Ausnahme der Küste, wärmer in Nord- und Nordwestdeutschland, besonders im unteren Rheingebiet. Die Niederschläge waren der Häufigkeit nach zwar geringer, ihre Menge aber meist größer als die normalen Februarwerte. Die Gesamtsumme betrug mit 45 Millimeter in Wiesbaden 129 Prozent, mit 42 Millimeter in Frankfurt 124 Prozent und mit 40 Millimeter in Gießenheim 138 Prozent des langjährigen Mittels. In den höheren Lagen des Gebirges fiel auch die Niederschlagsmenge zu gering aus. Der Feldberg i. T. war mit 55 Millimetern um 17 Prozent zu trocken. In der Ebene trugen häufig ein langer anhaltender Regen in der Nacht zum 20. und ein kurzer, aber starker Gewitterregen am Abend des 21. dazu bei, daß die Monatsmenge den Normalwert überschritt.

Mit dem 1. März hat nach meteorologischer Einteilung der Jahreszeiten der Frühling begonnen. Wenn sich auch der vergangene Februar schon durch eine fast frühlingsmäßige Wärme auszeichnete, so ist damit noch nicht gesagt, daß jetzt der Winter mit seinen Begleiterscheinungen, Frost und Schnee, abgetan ist. Gerade der beginnende Frühling weist, wie keine andere Zeit des Jahres, außerordentliche Witterungsgegenstände auf. Die Märzmonate der beiden letzten Jahre waren die wärmsten seit nahezu 100 Jahren. Ihre Mitteltemperatur betrug mehr als 8 Grad und an seinem Tag senkte die Temperaturen unter den Gefrierpunkt. Durchschnittlich ist im März mit 10 bis 12 Frosttagen zu rechnen, doch kann im einzelnen sehr wohl noch an allen Tagen Frost auftreten. So hatten die Märzmonate 1845 und 1853 24, der März 1883 sogar 27 Tage mit Frost. Nach einem für unsere Gegend aufgestellten periodischen Witterungsverlauf mußten die ersten Monate dieses Jahres zu fast ausfallen, und diese Erwartung bestätigte denn auch der Januar mit einer um 2 Grad zu niedrigen mittleren Monatstemperatur. Daß der Februar dann wieder zu warm wurde, ist auf das Verhalten einer kürzeren jene große Periode überlagernden Schwankung zurückzuführen. Der Wärmeüberschuß des vergangenen Monats scheint sich jedoch im März wieder auszugleichen. Der März wird daher voraussichtlich bei wolkiger bis trüber Witterung noch eine Anzahl Frosttage bringen und eine zu niedrige Mitteltemperatur ergeben.

A. S.

— Partielle Mondfinsternis. Die erste der in diesem Jahre stattfindenden Finsternisse, die in unserer Gegend zu beobachten sein wird, ist eine partielle Mondfinsternis in den frühen Morgenstunden des 12. März. Sie beginnt um 3 Uhr 42.0 Min., erreicht ihre Mitte (größte Bedeckung) um 5 Uhr 18.1 Min. und endigt um 6 Uhr 44.2 Min. Die Größe der Verfinsternis in Teilen des Monddurchmessers ist gleich 0.918, es bleibt also bei der größten Phase nur ein schmaler glänzender Saum des von der Sonne voll beleuchteten Mondes übrig. Der Mond geht indessen bereits gegen Ende der Finsternis unter. Sichtbar ist das Phänomen in Arabien und Kleinasien, in Europa, Afrika, dem Atlantischen Ozean, Amerika und dem östlichen Teil des Großen Ozeans. Mondfinsternisse beobachtet man ja sehr bequem mit unbewaffnetem Auge; vor aber feinere Einzelheiten erkennen und den rechten Genuss eines solchen Naturereignisses empfinden will, tut gut, sich zeitweise schwächer optische Hilfsmittel zu bedienen. Ein Spiegelglas leistet schon vorsichtige Dienste, bessere noch ein gutes, wenn auch nur kleineres Fernrohr auf Stativ. — Die zweite sichtbare Finsternis des Jahres 1914 ereignet sich am 21. August, sie ist eine totale, in unserer Gegend partielle, aber im Hinblick auf die große Bedeckung (etwa 0.8 des Sonnendurchmessers) sehr beträchtliche Sonnenfinsternis.

— Ein Wiesbadener Kanalanschlüssestreit beschäftigte jetzt zum drittenmal das Oberverwaltungsgericht. Als Revisionskläger stand der Hauseigentümer August Wintermeier dem bisherigen Magistrat gegenüber. Zweimal hatte der höchste Gerichtshof das den Kläger aufweisende Urteil des Wiesbadener Bezirksausschusses aufgehoben

und die Sache an das Gericht zurückverwiesen. Der Antrag des Klägers war auf Freistellung von Kanalanschlüssen in Höhe von 187 M. gerichtet, die der Magistrat von ihm gefordert hatte. Die Wiesbadener Kanalgebührenordnung, welche die Grundlage für die Heranziehung des Klägers bildete, hat in einer ganzen Reihe von Fällen den Senat beschäftigt. In dem zur Entscheidung stehenden Rechtsfall hatte der Gerichtshof die Sache zum zweitenmal deshalb an das Wiesbadener Verwaltungsgericht zurückverwiesen, damit es nochmals die Behauptung des Klägers prüfe, daß der Vorbesitzer seines Hauses aus einem früheren Anlaß bereits Anschlüssen gezahlt habe. In diesem Fall hätte Wintermeier freigesetzt werden müssen. Aber auch jetzt wies der Bezirksausschuß auf Grund einer eingehenden Beweisaufnahme an Hand der weit zurückliegenden Akten die Klage wiederum ab. Er gelangte zu der Überzeugung, daß sein Vorbesitzer des Klägers bereits Verträge zu den Kosten eines Anschlusses des Grundstücks an den Kanal geleistet habe, weder bei Gelegenheit von Anschlußarbeiten im Jahre 1890 noch bei der Neuanschaltung im Jahre 1896. Der Kläger legte auch gegen dieses Urteil Revision ein, das Oberverwaltungsgericht aber versagte ihr den Erfolg.

— Warmwasser auch für Kleinwohnungen. In dieser Beziehung ist von der Gasleitung neuerdings ein billiger Warmwasserapparat auf den Markt gebracht worden, der über der Waschette angebracht, nur wenig Platz in Anspruch nimmt. Dieser Warmwasserapparat ist zu dem möglichen Preis von 85 M. lieferbar und bereitet ein Bad von 120 Liter und 35 Grad Celsius in 15 Minuten für etwa 16 Pf. Der Warmwasserapparat hat einen beweglichen Ausflußarm, so daß man warmes Wasser nach Belieben in eine Wanne oder in ein anderes Gefäß lassen kann. Das von dem Apparat gelieferte heiße Wasser ist vollkommen rein, so daß es auch für Küchenzwecke unbedenklich verwandt werden kann. Da heute fast überall Gaslocher im Gebrauch sind, welche jedoch meist ohne Warmwassererhitzer konstruiert sind, so wird ein solcher Warmwasserapparat als Ergänzung sehr willkommen sein. Er liefert das warme Wasser zum halben Preis und über zehnmal so schnell wie ein Gaslocher, erleichtert also die Arbeit der Hausfrau ganz wesentlich.

— Gerichtliche Immobilienversteigerungen. Vor dem hiesigen Amtsgericht wurden Montag sechs Häuser aus der Wiesbadener Waldstraße-Kolonie: Wiesenstraße 3 und 8, Riedstraße 15, 17, 19 und 20, der Zwangsversteigerung ausgesetzt. Das Ergebnis war das folgende: 1. Wiesenstraße 3, Tage 20 180 M. Das Höchstgebot mit 2885,8 M. legte ein: Justizrat Dr. Alberti als Vertreter der Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau in Kassel. Die Gesellschaft ist Hypothekargläubiger mit 2330 M. Hypotheken in Höhe von 22 522,17 M. bleiben bestehen. Die Erteilung des Aufschlags ist vorläufig ausgeglichen. 2. Wiesenstraße 8, Steuerzare 20 000 M., das Höchstgebot mit 2885,8 M. legte ein: Justizrat Dr. Alberti als Vertreter der Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau in Kassel. Die Gesellschaft ist Hypothekargläubiger mit 2330 M. Hypotheken in Höhe von 22 522,17 M. bleiben bestehen. Die Erteilung des Aufschlags ist vorläufig ausgeglichen. 3. Wiesenstraße 15, Tage der Steuerbehörde 34 000 M., das Ortsgerichts 23 800 M. Höchstbietende mit 3067 M. waren die Cheleute Biegelmeister Wilhelm Städter und Marie, geb. Erbe, in Biebrich. Rechte in Höhe von 18 193,37 M. bleiben bestehen. Die Erteilung des Aufschlags ist vorläufig ausgeglichen. 4. Wiesenstraße 16, Tage der Steuerbehörde 34 000 M., das Ortsgerichts 23 800 M. Das Höchstgebot mit 2683,07 M. rührte von der Landesversicherungsanstalt für Hessen-Nassau in Kassel mit 2828,63 M. Rechte in Höhe von 22 522,17 M. Die Aufschlagserteilung ist ausgeschlossen. 5. Riedstraße 17, Tage der Steuerbehörde 33 000 M., das Ortsgerichts 23 900 M. Das Höchstgebot mit 2683,07 M. rührte von der Landesversicherungsanstalt für Hessen-Nassau in Kassel her. Höhe der bestehenden Rechte 23 478,23 M. Die Aufschlagserteilung erfolgte gleich im Termin. 6. Riedstraße 19 und 20, Tage der Steuerbehörde für das Haus Riedstraße 19 48 500 M., für das Haus Riedstraße 20 46 000 M., Tage des Ortsgerichts 31 610 M. resp. 33 520 M. Die Häuser gelangten zusammen zum Ausgebot. Das höchste Gebot wurde auch hier von der Landesversicherungsanstalt für Hessen-Nassau in Kassel mit 2126,90 M. abgegeben. Bestehende Rechte in Höhe von 18 175,38 M. Die Aufschlagserteilung bleibt ausgesetzt.

— Grundlose Angst. Am Montagabend wurde ein aus Frankfurt nach Wiesbaden fahrender Zug unweit der Station Flörsheim plötzlich zum Stehen gebracht. Eine Dame von hier hatte in der 2. Klasse die Notbremse in Bewegung gesetzt, und zwar — weil ein in demselben Wagen sitzender Ausländer sie gefragt hatte, wann der Zug an der Endstation ankomme. Diese harmlose Frage hatte nicht nur die gute Wiesbadenerin, sondern auch noch andere neben ihr sitzende Damen in helle Aufregung versetzt, die aber als ganz unbegründet sich herausstellte.

— Personal-Nachrichten. Der Fürst zu Schwarburg bat folgenden Mitgliedern des Hoffzimmers Auszeichnungen verliehen: Dem Königl. Hofrat Sommerfeld das Fürstlich Schwarburgsche Ehrenkreis 2. Klasse, dem Königl. Singer Geisse-Binkel und dem Königl. Schauspieler Schmid das Fürstlich Schwarburgsche Ehrenkreis 3. Klasse.

— Israelitischer Gottesdienst. Israelitisches Kultusgemeinde (Synagoge Michelberg). Gottesdienst in der Hauptsynagoge: Kurzfeier, den 12. März. Vorabend 6 Uhr Predigt, morgens 7½ Uhr.

Alt-Israelitisches Kultusgemüinde. Synagoge Friedrichstraße 23, Berlin: Vorabend 8½ Uhr, Donnerstagmorgen 6 und 8½ Uhr, abends 8¾ Uhr.

#### Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

\* Vortrag. Der Vortrag Chemische Wäscherei im Haushalt kann heute Wittwoch wegen Krankheit der Lebserin nicht stattfinden und muß für die nächste Woche verschoben werden.

#### Aus dem Vereinsleben.

##### Dorberichte, Vereinsversammlungen.

\* Der Ortsausschuß Wiesbaden der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hält seine ordentliche Jahresversammlung am Donnerstag, 12. März, abends 9 Uhr, im „Wiesbadener Hof“, Riedstraße 6, 1. Stock, ab. Dabei wird ein Vortrag über das Seilschiffen in der Angelsteinen verliehen. Von Herrn A. Neuerling gehalten und werden Mitteilungen aus dem Vorbericht der Reichsversicherungsanstalt für 1914 und über den gesunkenen Bau des Verwaltungsgebäudes der R. V. gemacht. Der Ettritt ist jedemamtlich auch ohne Einladung gestattet.

#### Aus dem Landkreis Wiesbaden.

wc. Dohrheim, 10. März. Von 115 Gesellungs-pflichtigen aus unserer Gemeinde wurden 43 für tauglich befunden und 26 davon der Infanterie, 8 der Garde-Infanterie, 8 der Fußartillerie, 5 der Feldartillerie, einer als Krankenwärter überwiesen.

hw. Schierstein, 9. März. In der heutigen Gemeindevertretersitzung waren von Gemeinderat und Vertreibung 18 Mitglieder anwesend. Beschied wurde die am 27. und 28. d. M. abgelegte Volksbefreiung, die mit 4402,51 M. einen guten Erfolg zeitigte, anerkannt. Des Weiteren lagen verschiedene Befüllte bei der Strandbadanlage zur Ge-

nehmung vor. Der von Kreisbaumeister Knapp verfertigte Plan, der mit je 27 Einzelsäulen für Frauen und Männer sowie je 10 solchen für 16 Personen Gelegenheit gibt, sich zu gleicher Zeit umzuleben, wird nach eingehender Besprechung zur Ausführung genehmigt. Durch die Anlage des Strandabschnitts entstehen der Gemeinde Illoft im Betrage von rund 20 000 R. Da diese Summe im Haushaltsetat für 1914/15 nicht unterzubringen war, wurde ein Antrag auf Aufnahme eines Darlehens von 20 000 R. genehmigt. Ein weiterer Vertrag, die Verpachtung des Badebetriebs, welchen die hiesigen Bäder übernehmen wollen, betreffend, wurde ebenfalls genehmigt. Der Gebührenbetrag beträgt 20 R. Es werden drei Sandstrandabschnitte, zwei am Schierstein und eine am Strandbad selbst, errichtet. Die Badezeiten dauern im Mai und September von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, im Juni, Juli und August von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends. Zur Ablösung des Gemeinderatswerts für das laufende Rechnungsjahr legen Angebote vor von Jean Sattler, W. Schmidt, J. und L. Seipel. Die Übertragung erfolgte an Sattler, der für Tag und Nacht 8 R. fordert. — Durch das Hochwasser des Rheines sind sowohl der Rheinpromenade wie nach Biebrich hin als auch die geplanten Biesen und Biesenlinien unterhalb Schiersteins bis nach Niedernau völlig zerstört worden. Der mächtige Wasserstrudel bildet einen prächtigen Anblick. — Die Turenne schüttete die gesamte Kanone des Feld-Artillerieregiments Nr. 27 unter Leitung von Hauptmann Deinrich. Das Haus war überfüllt; es fanden die zu Gehör gehörten Städte lebhaften Beifall.

Bierstadt, 9. März. Der Gemeinderat beschloß, gegen die Errichtung eines Wohnhauses des Maurermeisters Ludwig Wellerbach an der Ecke der Bierstraße und einer noch unbefestigten Seitenstraße nichts einzutreten, sofern der Gesuchsteller das zur Anlage der Straße erforderliche Gelände an die Gemeinde abtritt und den Bau der Straße übernimmt. Gleichzeitig wird die Einführung von Wasser und Gas in diese Seitenstraße genehmigt. Die Genehmigung zur Verlegung einer Telegraphenleitung im Distrikt "Kappesgarten" wird erteilt. Der freiwilligen Feuerwehr, welche am 15. März eine Abendunterholung im Saale "Zum Bären" abhält, wird auf ein Gefecht hin die Luftschutzstube erlassen. Die im Vorjahr von 1914 vorbereitete Anleihe soll bei der Nassauischen Landeskasse aufgenommen werden. Für die Gemeindeobstenslagen soll künstlicher Dünger beschafft werden.

### Nassauische Nachrichten.

Veranstaltung der Ortsgruppe des Rheingauer Weinbau-

vereins.

km. Gaib, 9. März. Das neue Weingesetz hat es ermöglicht, daß das politisch zum Kreise St. Goarshausen, dem Charakter seiner Weine nach aber zum Rheingauer gehört, an den Rheingauer Weinbauverein anzugehören. Doch damit dem größten rheinischen Weinort nach Biebrich die ihm gebührende Stellung gegeben worden ist, hat die geistige Versammlung deutlich bewiesen. In seiner Begrüßungsansprache berichtete der Vorsitzende, Weinbäcker Strobel, welche Werthöhung die Kaiser Weine sich bei der Weinprobe des letzten Weinbaukongresses erfreut hätten. Zu dem Hauptvortrag stellte Kreisobmannleiter Biermann die verschiedenen Bekämpfungsmethoden nebeneinander und gab dabei den mechanischen Bekämpfungsmitteln den Vortrag vor den chemischen, die an sich vielleicht recht gut seien, aber zu ihrer Durchführung noch mehr Arbeitskräfte nötig machten, die doch sehr teuer seien. Die Hauptrede sei die der Nachreihen durchgeführt wurden. Geh. Regierungsrat Eschb berichtete dagegen ausführlich über die umfassenden Versuche und Nachreihen, die er unter den verschiedensten Unterhaltungen der Regierung zur Bekämpfung besonders des Heug und Sonnenurms, zur Durchführung gebracht habe. Er empfahl besonders die Errichtung von Brotanlagen (60 Brotscheibenmarken finden sich in den Blättern) und die Behandlung der Schalen (in und an denen sich 30 Proz. der Bürigen finden). Zur Nutzlosigkeit sei keine Veranlassung, nur müde Müdigkeit gegeben werden. Vervollständigte Straßburg aus Rüdesheim umfaßt aus langjähriger Erfahrung die Rüdesheimer Präparate, erkannte aber auch die Rücksicht der anderen Bekämpfungsmittel an, wenn mit ihnen Ernst gemacht werde. Pfarrer Kopfermann forderte zum Zusammenklang in einer festen Organisation auf, ohne die alle Reden und Versammlungen unfrucht seien. Darauf teilte Bürgermeister Schmidt mit, daß die Gemeindeverwaltung beabsichtige, die Polizeiordnungen zur Bekämpfung der Nebschädlinge aus dem Ufzlanen wie aus dem Tierreich mit allem Ernst zur Durchführung zu bringen, und die Arbeiten bei den Säumen zwangsläufig ausführen zu lassen. Die Kosten der Durchführung dieser Maßregeln möge die Stadt übernehmen. Der Gegenbeschluß, die ganze Sammlung von vorhin herein durch Abkommen von Arbeitern gleichmäßig bearbeiten zu lassen, ist zwar auf den ersten Blick bestechend, aber unumstößlich. Erst mit dem ersten vereinigt (erst Arbeit der Winzer, dann für die Säumer (Säumerkolonne)) wird er wirken. Die beiden Anträge gingen an den Magistrat zurück. Die Versammlung brachte eine Menge von Anerkennung und bat den Rat der Winzer zu neuer Arbeit und Abwehr wesentlich gestärkt.

### Jugendliche Banditen.

ht. Arnoldshain i. T., 9. März. Drei hiesige Schulbuben im Alter von etwa 12 Jahren haben eine gegenüberliegende unbewohnte Villa bei Schmitzen, die einem Frankfurter Fabrikbesitzer gehört, in geradezu unglaublicher Weise verwüstet. Sie zerstörten alle 14 Zimmereinrichtungen bis auf eine, indem sie die Tapeten abrißten, die Bilder zerschnitten oder zerstüppelten, Möbel zerbrachen, die Lampen und Lüster zertrümmerten, alte Bettwäsche verwüsteten, die Glas- und Porzellansachen in Scherben zerschlugen und sogar einzelne Bänke durchstießen und durchlöcherten. Das ganze Gebäude bietet vom Keller bis zu dem Dachboden ein Bild grauenhafter Verwüstung. Ein Brandstiftungsversuch scheint den Jungen, die alle Kinder geachteter Eltern sind, mißlungen zu sein.

n. Langenauwaldbach, 8. März. Der Schluss des diesjährigen Samariterkurses des vaterländischen Frauenvereins bildete die Prüfung der Teilnehmerinnen im hiesigen Krankenhaus in Anwesenheit des Landrats von Trotha, des Defens. Voell und des Vorstandes des vaterländischen Frauenvereins. Der Kursus war von hier und aus den umliegenden Dörfern gut besucht.

ht. Geilweiler, 9. März. Eine 53jährige Frau, die sich erst vor 14 Tagen verheiratete, ist bereits das Geschlecht in ilde geworden, hat ihr junges Glück und den Gatten verlassen und ist seit einigen Tagen mit der Witwe auf und davon gegangen.

— Hohenheim e. T., 9. März. Der Bienenzüchterverein für den Regierungsbezirk Wiesbaden lädt durch seinen Vereinsvorsitzenden Lehrer a. D. Strobel in Hohenheim wieder drei Kurse abhalten, vom 14. bis 18. April, vom 28. bis 31. Juli und vom 1. bis 3. Oktober. Einberufene Kursteilnehmer erhalten Vergütung ihrer Reise- und Aufenthaltskosten. Bei den Anmelungen an Herrn Strobel ist anzugeben, ob man schon einen Kursus besucht habe.

ht. Soden e. T., 9. März. In den Gemeinderat wurden gewählt für die dritte Klasse Landwirt Fr. Dingel 5 mit 98 von 150 Stimmen; in der zweiten Klasse findet Stichwahl zwischen Kaufmann Stahl und Göttinger Weigand statt. Renner Brüdermann wurde im ersten Wahlgange gewählt. In der ersten Klasse folgte Renner Waldbeck mit 4 Stimmen gegen Oberst Hett, der 3 Stimmen erhielt.

— Aufach i. T., 8. März. Heute nachmittag fand im Saale der Höllerischen Gaswirtschaft eine Versammlung der

fortschrittlichen Volkspartei unter dem Vorsitz von Landwirt Heinrich J. Ernst statt. Parteisekretär Bleicher sprach in eingehender Weise über "Die Bestrebungen der fortschrittlichen Volkspartei". Nach kurzer Aussprache wurde beschlossen, eine Ortsgruppe dieser Partei zu gründen. 42 Herren erklärten ihren Beitritt. Das vorliegende Statut wurde einstimmig angenommen. In den Vorstand wurden nachstehende Herren gewählt: H. J. Ernst, A. Baum, A. Stamm, W. Henrici, W. Kühl, R. Vieb, W. Roos, E. Hartmann, H. Oppenheimer, Chr. Lüther.

X. Dies, 8. März. Vorsitzender Meyer von der hiesigen Strafanstalt ist mit 1. April zum Direktor der Strafanstalt Potsdam in Brandenburg befördert worden. Zum Nachfolger für Dies ist Inspektor Köhler aus Berlin bestimmt. — Obst- und Gartenbauinspektor Schilling von Geisenheim hält auf Kosten des Kreises Unterlahn am 16., 17. und 18. März einen Gemüsebaukursus in Dies ab. Der Kursus erstreckt sich über die Anlage und Bewirtschaftung eines Gemüsegartens.

### Aus der Umgebung.

Das hessische Großherzogspaar in Schottland.

wb. Gießen, 10. März. In Schottland fand gestern nachmittag im Beisein des Großherzogspaares ein großes Konzert der Darmstädter Hoffkapelle unter Leitung des Hoffkapellmeisters Paul Ottenheimer statt, das einen glänzenden Verlauf nahm. Nach dem Konzert, das wegen des zahlreichen Andrangs abends wiederholt werden mußte, nahm das Großherzogspaar bei dem Kreisrat Dr. Merck den Tee ein und trat dann im Automobil die Rückfahrt nach Darmstadt an. Da seit den 40iger Jahren kein Landesfürst mehr in Schottland war, war der Jubel außerordentlich groß und der Andrang aus dem ganzen Vogelsberg über alle Maßen stark.

w. Hanau, 10. März. Frau Valabianoff aus Mailand, Mitglied des italienischen Polizeiverbandes, wurde gestern, nachdem sie am Tage vorher in zwei Frauenversammlungen gesprochen hatte, aus Preußen als lästige Ausländerin ausgewiesen.

— Kassel, 9. März. Der Kommunal-Kantag des Regierungsbezirks Kassel hat, wie schon kurz berichtet wurde, die Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungsanstalt für den Regierungsbezirk Kassel nach Abgabe des Regierungsbezirks Wiesbaden grundsätzlich genehmigt, die Prüfung und Vorbereitung dieses Planes aber dem Landesbauschultheiß übertragen, der bis zur nächsten Sitzung des Kommunallandtages die Erfahrungen eines weiteren Geschäftsjahrs der bestehenden Anstalten zu sammeln und in der dem nächstjährigen Landtag vorgelegten Vorlage zu verarbeiten hat.

### Sport und Spiel.

\* Pferderennen zu Saint-Omer, 10. März. Prix du Chateaux, 3000 Fr. 1. Dumas des Combès Midolin (Dob), 2. Granat, 8. Saintin, 16:10; 11, 14:10. — Prix de la Bridge, 3000 Fr. 1. Gallerie (Ridolf), 2. Berneur, 8. Porte Dorée, 28:10; 11, 22:10. — Prix de la Poitrine, 4000 Fr. 1. G. B. Gobron, 2. Minotore (Thalbaut), 2. Porte 3. Milia, 2. 54:10; 22, 26:10. — Prix des Dods, 4000 Fr. 1. L. Lempierre Antonino (L. Bata), 2. Ursulier, 3. Fritz Ronald, 10:10; 23, 16:10. — Prix de l'Entente, 5000 Fr. 1. Tante Zib (F. Williams), 2. Saint Rom, 3. Zoff Patron, 50:10; 25, 17:10. — Prix du Landy, 6000 Fr. 1. L. B. de Paula Mandados Ramage (Thalbaut), 2. Octave, 3. Rotette, 14:10; 12, 22:10.

\* Turnenturen. Der Alte-Herren-Verkund des Gymnasial-Turnvereins turnt während der Osterferien jeden Donnerstag abends 8½ Uhr in der Gymnasial-Turnhalle. Die Übungen umfassen: Freiübungen, Staffelübungen, Atletikübungen, Gerätübungen und Turnspiele.

\* Berliner Schlagerrennen. Die Gruppe ist bis auf vier Männer in einem zusammengefunden. Lediglich Männer wurden mit einer Strafsumme belegt. Boulain-Broece sind ausgeschieden. Um 11 Uhr, der 181. Stunde, waren 3026 Kilometer zurückgelegt. Bis nachmittags 3 Uhr (185. Stunde) waren 3087 Kilometer zurückgelegt.

\* Zum Anfang des Wohnhauses von Friedrich Ludwig Jahn in Freiburg a. N., in dem der Turnerbund gehostet ist, hat sich eine über alle Kreise erstreckende Sammeltätigkeit entwidmet, um das Haus als Eigentum der Deutschen Turnerschaft eventuell als Erholungsheim für Turnwarte und Turnucher einzurichten.

### Neues aus aller Welt.

Große Zollunterschlagungen in Düsseldorf. Köln, 10. März. Beim Hauptzollamt in Düsseldorf sind große Zollunterschlagungen entdeckt worden. Es handelt sich um einen Schmuggel von illegal und hochprozentigem Alkohol. Die Summe, um die der Staat betrogen wurde, beträgt 100 000 R.

Der geplante Dieb, Berlin, 10. März. Ein Kellner Karpinski aus Berlin hatte in Bonn eine Handtasche gestohlen, die Juwelen im Wert von 40 000 R. enthielt und reiste damit nach Berlin zurück. Er fand hier zwei Freunde, die ihm bei dem Verkauf behilflich sein wollten, den Kellner Karpinski und einen gewissen Rosenthal. Dieser bot dem Karpinski 2000 R. an, setzte die Juwelen sofort in die Tasche und ging mit den beiden nach dem Alexanderplatz zu, um seine Wohnung aufzufinden, aus der er das Geld holen wollte. Er ging aber in ein Café und feierte nicht wieder zurück, sondern verschwand durch einen zweiten Ausgang. Auch Schmidt verschwand ebenfalls. Bald darauf kam die Polizei auf Karpinski-Spur und nahm ihn fest. Er gab dann die anderen beiden an, die ebenfalls verhaftet wurden. Ein Teil der Beute wurde noch bei Rosenthal gefunden.

Der Eheroman des Herzogs von Massari, Rom, 10. März. Eine aristokratische Scheidungssuite hat neben ihr vorläufig Ende gefunden. Der Herzog von Massari in Florenz wollte sich von seiner Gattin, einer geborenen Herzogin Villanova, scheiden lassen und eine junge Dame aus der Florentiner Bourgeoisie heiraten. Da es in Italien keine Scheidung gibt, ging der Herzog nach Ungarn, wurde ungarischer Bürger und wollte sich in Rumänien scheiden lassen. Er wurde aber abgewiesen. Der Herzog ließ sich indessen nicht verdrücken, nach Rom-Deleans zu gehen, wo er vor dem dortigen Gericht endlich die Scheidung erzielte. Unmittelbar darauf bestellte er seine Geliebte. Sobald der Herzog nach Florenz zurückkehrte, führte er neuen Eheversprechen unter Anklage auf.

Der Pariser Ordensschwund, Paris, 10. März. Der Kommissar des Ordensschwundlers Meier schufte Graf Champanis hat an den vielseitigen Untersuchungsrichter aus Bern ein langes Schreiben gehandt, in dem er über seine Beziehungen zu Moser Auflösungen gibt. Er bestreitet alle ihm vorgeworfenen Schwundeleien, die er gar nicht habe, denn er sei reich und werde sich demnächst mit einer wunderschönen Millionärin verheiraten. Wenn man ihm fiducies Gelt verleihe, werde er nach Paris kommen.

— Schiffbrüchige, 98 Tage auf einer verlassenen Insel, Paris, 10. März. Aus Savoie wird berichtet: Der Postdampfer "Rodomede" drohte gestern den Kapitän Ducos vom Segelschiff "La Tour d'Auvergne" zurück, der am 29. Oktober v. J. auf der Fahrt von Tahiti bei den Samoa-Inseln strandete und dann mit seiner Mannschaft 98 Tage

auf einer vollständig verlassenen Insel verbracht hatte. 20 Tage lebten die Schiffbrüchigen von den Resten ihres Schiffes, den Resten von Fischen und Holzstücken. Gest am 20. Januar d. J. wurden sie von dem Kreuzer "Gelee" aufgenommen, der von Tahiti abgesandt worden war, um das verschwundene Segelschiff zu suchen.

Schwere Folgen leichter Schießens, Paris, 10. März. Aus Wien wird gemeldet: Ein Landwirt schoß seinen Revolver gegen einen am Chiers-Fluß gelegenen Schuppen ab, in dem mehrere Soldaten des 1. Jäger-Regiments mit der Reinigung ihrer Wäsche beschäftigt waren. Die Kugel drang durch ein Brett und traf einen Soldaten in den Kopf, so daß der Mann in das Wasser stürzte. Brand eines verfallenen Stadturms, Ville, 10. März. Ein 94 Meter hoher Turm, der sich neben dem Rathaus befindet, ist in Brand geraten. Im Erdgeschoss befindet sich eine Halle, die die Stadtbibliothek mit 10 000 Bänden und einem wertvollen Archiv enthält. Sie sind vom Brande bedroht.

### Deutscher Reichstag.

#### Der Kolonialdebatte dritter Tag.

s. Berlin, 10. März. (Eig. Druckbericht) Selbst bei einer Kolonialdebatte kann es Überraschungen geben. Heute bestanden sie darin, daß zwei Redner, gerade der größten Parteien aus dem Hause einen wesentlich anderen Ton antrugen, als es ihre eigenen Fraktionsredner von der ersten Garantitur getan. Der Buntumsabgeordnete Schwarze-Lippstadt sieht unseren Kolonien weiters optimistischer gegenüber, als sein Freund Erzberger. Er hatte bestimmte, positive Vorschläge, z. B. kleine Ansiedlungen, Eingeborenentwicklung usw. in petto und sah durchaus rosig in bezug auf unsere Kolonie. Ebenso schlug der Sozialdemokrat Rosse wesentlich andere Töne an, als die beiden ersten Fraktionsredner. Er beschäftigte sich namentlich mit der Eisenbahnbefragung und wenn er auch die künftige Zustimmung seiner Fraktion zu Eisenbahnbauten noch von mancherlei zum Teil unerfüllbaren Bedingungen abhängig macht, so konnte man doch aus seiner Rede deutlich heraus hören, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion — der Redner unterstrich das ganz besonders — künftig sich durchaus nicht dem Ausbau des kolonialen Eisenbahnsystems praktisch ablehnen und gegenüberstellen werde, eine Korrektur sozialdemokratischer Kolonialpolitik, die im ganzen Hause mittlerweile das größte Aufsehen hervorrief. Schon vorher hatte der national-liberale Abgeordnete Baasche gegen die generalisierende Kritik protestiert, die namentlich der Genossen Henke an der Behandlung der Eingeborenen geübt hatte. Sodann entwickelte Friedrich Raumann sein Eingeborenenprogramm. Er legte das Hauptgedächtnis darauf, daß man nicht vergessen möge, daß alle Bissern in unserem Kolonialstaat und in unseren kolonialen Erfolgen Menschen und Menschenschule darstellen, daß die Produktivität der Eingeborenen das Rückgrat unseres kolonialen Wirtschaftslebens sei und daß man in praxi vor allem dafür sorgen müsse, daß aus schwarzen Wanderarbeitern schwarze Ausländer werden. Zum Schlusß hielt Herr Erzberger noch eine Verteidigungsrede. Es war charakteristisch, daß sich seine zweite Rede fast ausschließlich gegen seinen eigenen Fraktionsfreund Schwarze richtete. Dann wurde im Sitzungstempo der Rest des Etats dem Reichskolonialamt abgenommen. Morgen beginnt die Beurteilung der einzelnen Kolonialstaats.

#### Sitzungsbericht.

Eigener Druckbericht des "Wiesbadener Tagblatts".

# Berlin, 10. März.

Am Bundesstaatsrecht: Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dr. Solz.

Präsident Dr. Raepf eröffnet die Sitzung um 2.05 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst eine kurze Anfrage. Abg. Duffner (Btr.) fragt: Ist der Herr Reichskanzler bereit, der vom Reichstag in der 30. Sitzung vom 19. März 1912 angenommenen Resolution, nach welcher gemäß § 29 des Kriegsgesetzes

als vierte Ausgangsstation für die Berechnung der Brüder Kölner i. C.

fortzusehen sei, Folge zu geben und die Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt so rechtzeitig erfolgen zu lassen, daß die Sommer- und Herbstabfälle der süddutschen Landwirte in Kali auf der Preishöhe Kölner erfolgen können?

Unterstaatssekretär Richter: Für die Berechnung der Brüder für Kölner kann die Feststellung einer vierten Südländischen Ausgangsstation neben den schon bestehenden drei Ausgangsstationen Stuttgart, Wienenburg und Salzungen erst in Erwägung gezogen werden, sobald die einsätzlichen Kaliwerte in der Lage sind, den Bedarf der Landwirtschaft für Düngesalze in den für neue Ausgangsstationen in Frage kommenden Gebieten zu decken. Das ist zurzeit nicht der Fall. Gegenwärtig haben nur die Werke "Amel" I. und II. eine gemeinsame Fabrik und sind daher allein imstande, 40 Prozent Düngesalze zu liefern. Es ist indessen anzunehmen, daß sich im Laufe des Jahres 1914 noch einige weitere einsätzliche Werke eine endgültige Beteiligungsziffer erhalten werden und daß auch eine zweite große Fabrik den Betrieb wird eröffnen können, so daß dann voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Jahres die Feststellung einer vierten Ausgangsstation im Elsass durch den Bundesrat wird erfolgen können.

Darauf Fortsetzung der zweiten Lesung zum Kolonialstaat.

Abg. Schwarze-Lippstadt (Btr.): Die verallgemeinerten Vorwürfe gegen die Plantagenbesitzer sind unverantwortlich. Abg. Henke ist für seine Beschuldigungen den Beweis schuldig geblieben. Die günstige Entwicklung der Kolonien ist zum großen Teil der Tätigkeit der Missionare zu danken. Die Landwirte sind nötig, um Handel und Verkehr zu schaffen. Wir wünschen auch, daß die Eingeborenen menschlich behandelt und ihre Lebensbedingungen nach Möglichkeit verbessert werden.

Ein besonderes Augenmerk ist auf die Besserung der sanitären Verhältnisse zu richten. Der sozialdemokratische Vorwurf

verstehen die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion in Kolonialfragen nicht mehr. (Sehr richtig.) Wir werden die Regierung in ihrer Kolonialpolitik unterstützen, die human und gerecht gehandelt werden muß. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Paasche (natl.): Die heutige Rede des Abg. Schwärze war wesentlich kolonialfreundlicher, als die des Abg. Erzberger. Es ist ganz schön, für den schwarzen Bauernstand, seine Freiheiten und seine Rechte einzutreten, aber wir können in Wahrheit bei den Regern von einem Bauernstand nicht sprechen. Die Erziehung zu geordneter Arbeit ist Aufgabe.

Während der Neger früher seine Frau arbeiten ließ und sich selber herumtrieb, ist jetzt aus ihm ein fleißiger Arbeiter geworden.

Noch den Nieden der Sozialdemokraten könnte man annehmen, daß wir Unkultur ins Land gebracht hätten. Sie würden aber anders denken, wenn sie selber einmal in die Kolonien hinausgingen. Bei dem Plantagewesen ist es ein Unglück, daß die Arbeiter so außerordentliche weite Wanderungen machen müssen, um an ihre Arbeitsstätte zu gelangen. Die Leute sollten möglichst dauernd auf den Plantagen ansässig gemacht werden. Die Sozialdemokraten wollen, daß den Arbeitern Land zum freien Eigentum geschenkt werde. Das würden die Eingeborenen aber gar nicht verstehen und würden auch nicht dazu bereit sein, ihre freie Tätigkeit, jeden zweiten Tag haben sie Ruhetag, zur Beförderung ihres Landes zu benutzen. Wenn es geschehen würde, würden die Sozialdemokraten wieder den Vorwurf erheben, man wolle die Arbeiter seßhaft machen, nur um sie besser auszunutzen zu können. Die an der Marokkobahn angesiedelten Neger haben sich sehr bald das Arbeiten abgewöhnt und den Grundbesitzer geplündert. Das ist im Grunde genommen auch nicht übel zu nennen. (Kurz bei den Soz.) Auch von Ihnen — zu den Sozialdemokraten — haben viele früher ihre Stiefel selber gepuji und jetzt haben Sie Ihre Diener dazu. (Heiterkeit.) Jeder Plantageneigentümer freut sich, wenn er seine Arbeiter seßhaft machen kann. Aber auch für die Weißen in den Kolonien, die doch mit deutschem Blut erfaucht sind, muß man sorgen, nicht bloß immer für die Schwarzen. (Sehr richtig!) Kreislen wir Kolonialpolitik, so muß auch für diejenigen geforgt werden, die die Kultur ins Land gebracht haben. (Sehr richtig!) Die Resolutionen der Kommission schließen zum Teil über das Ziel hinaus.

**Die Schlaftrennung soll zum Stillstand gekommen sein, auch die Wurmkrankheit nimmt ab.**

Heider herrscht die Syphilis noch sehr. 90 Prozent der Bevölkerung sind krank. Da sollte man Salvarsan viel mehr anwenden. Der Alkoholismus hat sich erfreulicherweise vermindert. In der Forstwirtschaft muß systematisch die Anpflanzung vorgenommen werden, damit dort Werte geschaffen werden, die größer sind als die Diamanten Südeuropas. Wir haben zu der Kolonialverwaltung volles Vertrauen. (Beifall.)

Abg. Raumann (opt.): Die Debatte im Reichstag wird in den nächsten Wochen in der Presse noch manche Gegenantwort bekommen. Der Reichstag wird jetzt schon als eine Versammlung wohlmeinender, aber uneingeheimer Männer bezeichnet. Das ist in gewissem Maße zuzugeben. Wir können nicht über jede Angelegenheit lückenlose Spezialkenntnisse haben. Man kann aber nicht von uns erwarten, daß wir nach dem Grundsatz handeln: „Denn zählen, ohne zu reden.“ (Heiterkeit.) In dem Wunsch der Ansiedler, über die Verhältnisse selber mitzureden, liegt ein berechtigter Kern. Ostafrika hat eigene Einnahmen, nämlich 17,5 Millionen Mark, der Reichszuschuß beträgt 8,8 Millionen Mark; Kameruns eigene Einnahmen betragen 11,8 Millionen Mark, Reichszuschuß 9,2 Millionen Mark; Südwestafrika eigene Einnahmen betragen 23,5 Millionen Mark, Reichszuschuß 13,5 Millionen Mark. Diese Ziffern ergeben die Berechtigung, daß den Ansiedlern ein Selbstbestimmungsrecht gegeben wird. Allerdings tragen auch die Hütten- und Kopfsteuern der Schwarzen zu diesen Einnahmen bei. Wenn der Gouvernementrat Einfluß auf den Staat haben soll, so würde dies besondere Schwierigkeiten bieten wegen der einjährigen Gutsperiode. Den Kolonien eine Verfassung zu geben, dürfte außerordentlich schwierig sein.

In der Aufzählung der verdienten Männer um die Transvaalbahn hat man den Staatssekretär Dernburg vergessen, ohne den das Fahrgebot von 1908 nicht entstanden wäre und ohne den wir den Transvaalbahn heute noch nicht erreicht hätten. (Sehr richtig!) Zu den Zeiten der Sklaverei und der Hauptschwärze, als Stanley und Emin-Pasha Afrika durchforschten, als das Land noch völlig unbesiedelt war, da war die Bevölkerung nicht so dezimiert wie jetzt, auf Grund einer 30jährigen Zivilisationsarbeit. Gewiß muß man den weißen Ansiedlern zugeben, daß sie mit Aufopferung, Treue und Ausdauer gearbeitet haben. Trotz ihrer Tätigkeit ist aber die Negersterblichkeit immer noch gewachsen. Da scheinen doch irgendwelche günstigeren Fehler vorgelegen. Die große Sterblichkeit in den Pflanzungen ist Tatsache, und unsere Resolution verlangt, daß auf diesem Gebiete Maßnahmen geschaffen werden. Das Trägerystem ist gefährlich für die Gesundheit, Kultur und Sittlichkeit der Eingeborenen. Jede neue Eisenbahn verlangt neue Arbeitskräfte. Sie macht das Träger nicht so schnell überflüssig, als man es erwartete, das ist erst möglich, wenn das Eisenbahnnetz mehr ausgebaut und das Zubringen zu den Hauptbahnhöfen nicht mehr durch Reger zu erfolgen braucht. Der Staatssekretär ist auf Einzelheiten der Resolution mit einer gewissen Freundlichkeit abstimmt nicht eingegangen. (Heiterkeit.) Es wäre angebracht, wenn er sich darüber noch auslassen würde. In der Beurteilung der Missionen ist ein gewaltiger Umsturz eingetreten. Der Sch. ora et labora hat gut gewirkt. Die Missionschulen leisten Verdienstwerte; die interkonfessionellen Regierungsschulen sind aber trotzdem nicht zu entbehren. Wir führen die Schuhgebietspolitik, wir sind aber keine Freunde dessen, was vorhanden ist, sondern was wird und kommt. (Beifall.)

Abg. Roske (soz.): Durch die Nieden der Abgeordneten der bürgerlichen Parteien ging ein Zug von Designation. (Widerpruch.) Die Bevölkerung singt an, umzulernen; das ist auf die scharfe Kritik der Sozialdemokraten zurückzuführen. (Lachen rechts.) Wir wollen die Kolonien nicht preiszugeben, das haben wir auch nie gefordert. Der Reichstag darf aber auf sein Kontrollrecht über die Kolonien nicht verzichten. Wenn man den Vorschlägen des Gouverneurs Schaeff folgt, wird vor 1923 die Haussklaverei in Ostafrika nicht aufhören. Das schlimme ist, daß deutsche Behörden dem Sklavenhandel die rechtsgültige Form geben. Die wirtschaftlichen Ergebnisse der Kolonien stehen in keinem Verhältnis zu den Reichs-

schüssen, zu denen noch die Bezeichnung der Schuhgebietsschulen usw. hinzukommt.

Bor allen Dingen müssen die Kosten für die Schuhtruppen vermindert werden.

Der Staatssekretär unternimmt nichts, um der Brüderlichkeit in Kamerun und Ostafrika entgegenzutreten. Die Zahl der Großgrundbesitzer nimmt in Südwestafrika immer mehr zu. Die Landwirtschaftslösung blüht dort gewaltig. Insbesondere versteht es die Missionen, sich großen Grundbesitz zu sichern. So günstig wie es hier geschildert worden ist, ist das dortige Klima nicht. Die Tuberkulose breite sich ebenfalls weiter dort aus. Allen Forderungen auf Wasserversorgung Südwestafrikas haben auch die Sozialdemokraten stets zugestimmt. Bei vielen weißen Ansiedlern besteht eine Gemütsdrothe sondergleichen. Wir fordern erhöhte Beträge für die Heranbildung von schwarzen Handwerkern. Den Eingeborenen muß Land wiedergegeben werden. Richtig ist, daß der Tiefstand der Schwarzen wieder zunimmt. (Beifall rechts.)

Prinzipielle Gegner von Eisenbahnbauten sind wir nicht. Unsere Zustimmung für Bahnbauten hängt von einer Reihe von Voraussetzungen ab, deren Erfüllung garantiert werden muß. Daß der Neger faul ist, trifft nicht zu. Die Schwarzen dürfen nicht mit Gewalt zu den Arbeiten auf den Pflanzungen angehalten werden. Ausreichende Sanitätsmaßnahmen sind besonders beim Bahnbau notwendig. Die zahlreichen Erkrankungen der Schwarzen sind die Folgen der langen Arbeitszeiten. Wir verlangen, daß endlich eine aussichtsvolle Humanität in der Kolonialpolitik Platz greift. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (Zentr.): Herr Dr. Paasche hat die Ausführungen des Abgeordneten Schwarze den meinigen gegenübergestellt. Dazu lag kein Grund vor. Ich habe dasselbe gesagt wie mein Parteifreund Schwarze, nur etwas deutlicher. (Heiterkeit.) Der Rede des Staatssekretärs können wir zustimmen, wenn er alles hält, was er versprochen hat, und ich hoffe, daß er uns im nächsten Jahre darüber erfreuliche Auskunft gibt.

**Die Trennung der katholischen Mission von der evangelischen ist für uns unmöglich.**

Das widerspricht dem Prinzip der katholischen Kirche, die eine Weltkirche ist, und steht auch im Widerspruch mit der Kongolese, die die freie Missionstätigkeit ausspricht. Und schließlich wäre sie praktisch undurchführbar für ein friedliches Zusammenwirken der Konfessionen.

Damit schließt die Debatte. — Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt und die hierzu vorliegenden Resolutionen der Budgetkommission werden angenommen.

Eine Reihe von Titeln wird nach den Kommissionsbeschlüssen erledigt.

Abg. Erzberger (Zentr.) wünscht die Herausgabe einer Landkarte, aus der die Gebietsverhältnisse, wie sie sich aus der Kongolese ergeben, ersichtlich sind.

Staatssekretär Dr. Solf sagt dies zu.

Der Rest des Stals des Kolonialamts wird bewilligt.

Darauf wird vertagt. — Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr: Stal der Schuhgebiete; Luftverkehrsgesetz. — Schlüß 8½ Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

§ Berlin, 10. März.

Am Ministerium: Dr. Sybow.

Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die Beratung des Stals zur

### Handels- und Gewerbeverwaltung

wird beim Titel „Arbeitsvermittlung und Rechtsberatung für minderbemittelte Bevölkerungsstriebe“ fortgeführt.

Abg. Liebmann (natl.): Die zur Förderung der nichtgewerbsmäßigen Arbeitsvermittlung ausgemachten Mittel sind zwar im neuen Stal um etwas erhöht worden, aber auch die erhöhte Summe von 110 000 M. können wir nicht als ausreichend erachten. Deshalb fordern wir bedeutend erhöhte Mittel für den nächsten Stal.

Abg. Dr. Fleisch (wp.): Die Arbeitsnachweise müssen nicht nur auf die Städte, sondern auch auf das platt Land sich erstrecken. Wir sind für den paritätischen Arbeitsnachweis. Die Regierung hat den Bäderinnungen bezüglich der Beschäftigung von Gesellen Konzessionen gemacht, die mit der Gewerbeordnung im Widerspruch stehen.

Geh. Rat Dr. Franke: Nach den Entscheidungen der Gerichte und auch des Reichsgerichts sind die Innungen befugt, ihren Mitgliedern zu verbieten, andere Arbeitsnachweise als die der Innungen zu benutzen.

Abg. Leinert (soz.): Bei den Arbeitsnachweisen ist die Mitwirkung der Arbeiter unbedingt erforderlich. Die gewerbsmäßige Stellenvermittlung sollte verboten werden. Ein guter Arbeitsnachweis ist geeignet, auf die Arbeitslosenversicherung hinzuwirken. Die Arbeitsnachweise müssen Einrichtungen von paritätischer Verwaltung sein.

Darauf wird die Denkschrift über die Tätigkeit der preußischen Arbeitsnachweisverbände durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Abg. Dr. Grüger (wp.): Ich bitte den Minister, im Interesse der Förderung des kleinen gewerblichen Genossenschaftswesens das gewerbliche Seminar an der Universität Halle auszubauen. Ferner ersuche ich den Minister, eine Denkschrift darüber vorzulegen, was durch die staatliche Subvention auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens erreicht werden ist.

Handelsminister Dr. Sybow: Dem Wunsch des Vorredners nach einem weiteren Ausbau des gewerblichen Seminars in Halle kann nicht entsprochen werden. Auch kann es nicht meine Aufgabe sein, eine Denkschrift über das Genossenschaftswesen vorzulegen, die zugleich eine Werbeschrift sein soll und in den Streit der Meinungen eingreift, welche Richtung bevorzugt werden soll.

Das Kapitel

„Porzellan-Manufaktur“ wird nach kurzer Debatte bewilligt.

Der Rest des Stals der Handels- und Gewerbeverwaltung wird ohne Debatte erledigt.

Es folgt die Beratung zum

### Stal für Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung.

Bei den Einnahmen erklärt Abg. v. Hassel (kon.): Seit dem vorigen Jahr beobachten wir ein Absinken der Konjunktur, das sich auf dem Kohlenmarkt bemerkbar macht. Ich

hoffe, daß das Kohlenmonopol wieder zustande kommt, und daß die Regierung daran beteiligt ist. Ferner würden wir, daß der Minister dem Stilllegen der Bäche in Westfalen entgegentritt, wodurch die eingezogene Bevölkerung geschädigt wird. Was die Novelle zum Kali Gesetz betrifft, so scheint es uns nicht richtig, für das Reich Abgaben zu erheben als Entgelt dafür, daß ein weiteres Niederbringen von Schichten verhindert wird. Die Rentabilität der Bergwerke und die Überzeugung darüber ist ein besseres geworden, seitdem man ein laufmännisches Verfahren eingeführt hat. Möge es weiter bergaufwärts gehen! (Beifall rechts.)

Abg. Bruck (zent.): Der vorliegende Stal zeigt ein ziemlich günstiges Bild. Die letzten Verhandlungen über das Biederitzlandkommen des Kohlenmonopols sind resultlos verlaufen. Man kann nur wünschen, daß es erneuert werden wird. Wenn das nicht geschieht würde, so wären trübe Folgen für die Bevölkerung des Ruhrreviers und für die ganze Bevölkerung unvorstellbar. Der preußische Stal muss sich nach Kräften für das Biederitzlandkommen des Monopols einzusetzen. Mit Rücksicht auf das neue Kali Gesetz sollen einige Gesellschaften neue Schachtanlagen in Angriff genommen haben, um sich gegen das neue Gesetz zu sichern. Man sollte den Manipulationen allerhand Unternehmer begegnen.

Wir bitten den Minister, der Stilllegung der Bäche entgegenzutreten.

Die Kohlenhändler an der Saar beschweren sich darüber, daß die dortige Bergwerksverwaltung für den Verlauf der Kohlen weit schärfere Bedingungen stellt als die Privatgruben. Den kleinen Abnehmern von Kohlen an der Saar und in Oberschlesien sollte von der Bergwerksverwaltung mehr Entgegenkommen als bisher gezeigt werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Althoff (natl.): Das Jahr 1913 zeigt zwar ein befriedigendes Ergebnis, es wird aber wahrscheinlich nicht so glänzend sein wie das Jahr 1912. Wir freuen uns, daß wir die Ausfuhrtarife wieder haben, die besonders dem Saarrevier zugute kommen. Man sollte eine derartige Tarifierung von gründlichen, sachlichen Erwägungen und nicht von Stimmungen abhängig machen. Was das neue Kali Gesetz betrifft, so soll von der Kaliproduktion eine Abgabe an das Reich geleistet werden.

Wir müssen aber mit aller Energie gegen einen Grundsatzvertrag einlegen, wonach eine Industrie für den Schuh, den ihr das Reich gewährt, eine Gegenleistung an das Reich abführen soll.

Wir müssen damit rechnen, daß die guten Ergebnisse der Jahre 1912 und 1913 jetzt ein Ende haben. Es ist über das Stilllegen der Bäche gefragt worden. Gruben, die nicht rentabel sind, können aber nicht weiter im Betrieb gehalten werden. Auch wir hoffen auf das Biederitzlandkommen des Kohlenmonopols. Der Zeitpunkt ist noch nicht gekommen, wo man den Syndikaten mit gesetzlichen Maßnahmen kommen kann. Ich empfehle die Angelegenheit dem Wohlwollen des Ministers.

Abg. Gantert (wp.): Die Kohlenpreise haben eine außerordentliche Höhe erreicht. Unter Kohlereichtum ist groß. Ich halte es aber nicht für richtig, daß die Kohlen dem Ausland billiger als dem Inland geliefert werden.

Wir sind keine Gegner der Syndikate, sondern bekämpfen nur ihre Auswüchse.

Wir sind aber Gegner eines Syndikats, daß eine Monopolstellung zu erringen versucht, und wenn es sich um ein Monopol handelt, so würden wir ein Staatsmonopol einem Privatmonopol vorziehen. Wir erwarten, daß der Stal sich einen maßgebenden Einfluss im Kohlenmonopol findet.

Oberbergbaudirektor v. Felsen: Nach den Erfahrungen, die wir mit einer früheren Vorlage, betreffend Stilllegung von Bächen, gemacht haben, kann ich einen etwaigen Gesetzesentwurf nicht in Aussicht stellen. Über die Abgaben von Kalibergen an das Reich kann ich mich nicht äußern. Die Salinen beschweren sich über die Konkurrenz der Kalibergen. Mit gesetzlichen Maßnahmen können wir in dieser Richtung nichts erreichen. (Die Ausführungen des Redners bleiben im übrigen unverständlich.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt. — Schlüß 4¾ Uhr.

## Letzte Drahtberichte.

Die Reise des Prinzen Heinrich nach Südamerika.  
wb. Berlin, 10. März. Die „Nord“ Allg. Btg. schreibt:

Der neueste Dampfer der Hamburg-Südamerika-Linie „Cap Trafalgar“ tritt heute seine erste Reise nach Südamerika an. Unter den Fahrgästen bei dieser ersten Fahrt befinden sich Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen. Die Frau Prinzessin ist erholungsbedürftig und sehnt sich nach der Ruhe einer längeren Seefahrt. Einen ähnlichen Charakter trägt die Reise nicht. Bei der Länge der Zeit — soll doch die Rückfahrt von Buenos Aires schon am 9. April auf denselben Schiffen erfolgen — war ursprünglich nur ein kurzer Besuch Rio de Janeiro und ein etwas längerer Aufenthalt in Argentinien vorgesehen. Neueren Nachrichten zufolge ist indessen auf Einladung der chilenischen Regierung auch ein langer Aufenthalt Santiago geplant. Das Gefolge der prinzlichen Herrschaften wird nur aus wenigen Personen bestehen.

Die Beisetzung des Fürstbischofs Dr. v. Kopp.

wb. Breslau, 10. März. Aus Anlaß der heute vormittag erfolgten feierlichen Beisetzung der sterblichen Überreste des Fürstbischofs Kardinal Dr. v. Kopp stand bereits in den frühen Morgenstunden eine große Menschenmenge nach der Domkirche. Die Absperrungen wurden streng durchgeführt und nur „Inhaber von Kartons“ wurden in den Dom eingelassen. Trotzdem schwoll der Menschenstrom immer mehr an und ließ sich durch die trübe Witterung und die mehrfachen Regenschauer nicht abhalten. Wagen und Automobile rollten in ununterbrochener Reihe heran. Zahlreiche Geistliche, Vertreter der Behörden und sonstige Standespersonen, zahlreiche Abordnungen der Vereine und Studenten-Korporationen mit ihren Bannern brachten etwas Farbe in das düstere Bild des Trauerganges. Es war schon fast 10 Uhr herangekommen, als Beerdigung in die Messe kam. Punkt 10 Uhr wurde unter dem feierlichen Geläute der Dom sowie der anderen Kirchen-Glocken der Sarra getragen von Geistlichen, unter großer kirchlicher Begeisterung von dem Fürstbischöflichen Palais nach dem Dom übergeführt. Unter feierlichem Schweigen ließ die Menge entblößten Hauptes die Leiche passieren.



# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

"Tagblatt-Haus".

Schalter-halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Bernruf:

"Tagblatt-Haus" Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 10 Pf. monatlich, Nr. 2.- vierzehntäglich durch den Verlag bezahlt, ohne Beiträge. Nr. 3.- zweitjährl. durch alle deutschen Buchhändler ausführlich bezahlt. - Bezugs-Verkäufer nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle des Beitrags-Nachrichten 20, sowie die Ausgabenstellen in allen Teilen der Stadt; in Breslau: die dortigen Ausgabenstellen und in den benachbarten Städten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Leser.

Anzeigen-Kondition: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatt: Berlin-Wilmersdorf, Genthiner Str. 66, Bernruf: Amt Uhland 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen zu vorgeschriebenen Zeiten, für die Morgen-Ausg. bis 9 Uhr nachmittags. Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatt: Berlin-Wilmersdorf, Genthiner Str. 66, Bernruf: Amt Uhland 450 u. 451. Zagen und Plakate wird keine Bewilligung vertheilt.

Mittwoch, 11. März 1914.

## Abend-Ausgabe.

Nr. 118. • 62. Jahrgang.

### Giolittis Erbe.

Giovanni Giolitti, der „Sauberer von Montecitorio“, zieht sich als Siebzigjähriger zum dritten Male von den Geschäften zurück. Gewiß kann er auch bei diesem Rücktritt die Überzeugung mit sich nehmen, daß er sich mit seiner Lösung auch der schwierigsten politischen Aufgaben den Dank der Nation verdient hat. Er war immer der Ministerpräsident der sauberen Hände und liebte keine starken Mittel. Dinge, die reisen wollten, ließ er reisen, rückte hinter den Kulissen das, was er für die nächste Zukunft brauchte, gewissenhaft vorher zurecht und batte den unschäkablen Instinkt, im rechten Augenblick sich selbst an die Spur der Entwicklungen der anderen zu setzen. Hier ist auch das Geheimnis seines ans Wunderbare grenzenden Einflusses auf die Parteien der Kammer zu suchen. Als die Sozialisten anfingen, ihm fürchterlich zu werden, bot er ihnen Vertretung im Kabinett an und tat dadurch sowohl Zank und Hader in die Partei, daß sie durch Zwietracht und Spaltung geschwächt wurde. Als er entdeckte, mit welcher Opferfreudigkeit sich Bauern und Arbeiter in Tripolis für das „größere Italien“ schlagen, als er den gewaltigen Wert der Imperialisierung der unteren Klassen erkannte, trat er, eine unerhörte Kühnheit, mit dem Wahlrecht der Analphabeten vor die Kammer, nahm den Gegnern den Wind aus den Segeln und ging mit 377 Ministeriellen in der neuen Kammer glatt durchs Ziel. Freilich, aus diesem neuen Parlament heraus erwuchsen ihm auch jene Schwierigkeiten, denen er sich jetzt nicht mehr gewachsen fühlte. Während der Trivolistag versprach er, daß über den gewaltigen kriminären Opfern des Krieges die drängenden inneren Reformen nicht vergessen werden sollen. Aber die derzeitige Schlühabrechnung für Libyen hat sich dermaßen hochgestellt, daß Giolitti in die größte Verlegenheit käme, wenn ihn jetzt die Parlamentsgruppen, die ihn befahlen und Sturm gegen ihn blasen, an jene Versprechungen erinnern wollten. Ein anderer als Giolitti wird den Ansturm bestehen müssen.

Welche politische Riesenarbeit der Nachfolger Giolittis, der noch der unten wiedergegebenen Drahtnachricht jedenfalls Sonnino sein wird, in Angriff nehmen muß, davon hat der scheidende Ministerpräsident wiederholt ein flores Bild entworfen. Giolitti kann vor den Schwarzeherrn beweisen, wie gut Italien die Opfer und Prüfungen seines letzten Krieges überstanden hat, er weiß aber selbst nur zu genau, daß neben diesem hellroten Bewußtsein auch tiefe Schatten stehen. Der innere Ausbau des italienischen Staatswesens lohnt mehr als manches zu wünschen übrig. Die Hebung des Volksschulunterrichts muß mit größter Energie betrieben werden, um nicht wieder einzuschließen. Die „Schande des Analphabetentums“, wie Giolitti sich nicht heute, zu bekennen, darf nicht einfach verdeckt und vertuscht, sondern muß an der Wurzel gepackt und beseitigt werden. Italiens Ansehen leidet in der ganzen Welt, solange es diese Schande mit einem anderen großen Staate Europas gemeinsam hat.

Ein weiterer Reformpunkt ist die Verbesserung des italienischen Verkehrsweisen. Wie es jetzt immer noch damit bestellt ist, wissen am besten die reisenden Deutschen, die zu Hunderttausenden jährlich Italien besuchen und die vergleichen können.

Der dritte und wichtigste Reformpunkt ist die süditalienische Frage. So reich Italien dem Gast erscheint, der sozusagen oben im Salon empfangen wird, so arm stellt es sich demjenigen dar, der einmal unten in Küche und Keller nachhaut. Dem Lande fehlt es an Erz und Kohlen, den Hauptnahrungsquellen einer modernen Industrialisation, und die ländlichen Zustände sind nicht im mindesten so geordnet, um alle Kinder des Staates zu beschäftigen und zu ernähren. Man weiß ja, wieviele italienische Staatsangehörige mit ihrer Hände Kraft im Ausland ihr Brot suchen müssen, wie viele Dörfer durch Auswanderung ausgestorben sind. Von den Wegzogenen kommen freilich viele wieder, aber doch erst, nachdem sie ihre besten Arbeitsjahre der Kultur eines fremden Landes gewidmet haben. Auch etwas Geld bringen sie meistens heim, aber nur gerade soviel, um ein beschiedenes Faulenzerleben zu führen, und was sie sonst noch mitbringen, ist meistens sehr schlimm: Alkoholismus, Tuberkulose usw. Man sieht doch nur einmal Südtalien abseits vom Hauptverkehrsstrome an! Auf dem Tafellande Siziliens, der einzigsten Hornkammer Italiens, dürtige Schäfweiden! Die Höhen des Apenninengebirges sind und sonnenverglüht. Die Wohnungen der Bevölkerung mehr als erbärmlich. Schon die Hintergassen Neapels oder Palermos übertreffen durch Schmutz, Armut, Enge. Und in den Dörfern glaubt man manchmal nicht mehr die Ansiedlungen eines zivilisierten europäischen Staates zu sehen.

Das zu ändern, geht über die Kraft eines abgearteten Ministers. Aber es muß jetzt damit begonnen werden. Kürzlich erschien in Rom ein fünfzehntägiges Werk, das die neue Epoche einleiten soll. Es enthält den Bericht der Enquetekommission über die Verhältnisse der Landarbeiter des südlichen Italiens. Schon um 1880 herum hatte eine solche Enquete stattgefunden, und es wurde damals nach den Blänen des preußischen Majors Donat und nach der Theorie Robert Kochs viel gegen die Malaria gegen die Sümpfe, gegen die Stabilität der Berghöhen getan. Die neue Enquete verlangt weit mehr, nämlich ausdauernde Kulturarbeit an den Menschen, die das innere Italien nach Giolittis großen Aufzehrungen vorwärts bringen soll.

### Die Vertragung der Kammer.

wb. Rom, 10. März. In der heutigen Sitzung der Kammer gab Ministerpräsident Giolitti bekannt, daß Kabinett habe in Anbetracht der parlamentarischen Lage das Rücktrittsgesuch in die Hände des Königs gelegt, der sich seinen Beschuß vorbehalten habe. Indessen seien die Minister im Amt geblieben zur Erledigung der laufenden Verwaltungsgeschäfte. Auf Eruchen Giolittis vertrat er sich darauf die Kammer auf unbestimmte Zeit. Eine entsprechende Mitteilung machte Ministerpräsident Giolitti auch im Senate.

### Sonninos Kandidatur.

wb. Rom, 10. März. Die „Tribuna“ meldet: Ministerpräsident Giolitti bezeichnete dem König Sonnino als den für seinen Nachfolger geeigneten Mann.

### Politische Übersicht.

#### Die „Rote Woche“.

Der „Rote Woche“ haben manche Gegner der Sozialdemokratie mehr Bedeutung beigegeben als diese selbst. Ihre Veranstaltung war auf Drängen der mit den geringen Erfolgen, namentlich mit den parlamentarischen Unzuständen erfolgt, und die Parteileitung verbahlt sich nicht, daß weitere Verbungsmöglichkeiten sich der Partei kaum noch eröffnen, daß also gewissem Maße nur Zusätzliche Ergebnisse einzubringen sein würden. Das Vertrauen der Bevölkerung wurde aber dadurch gestärkt, daß manche Blätter, besonders konervative, die Sache sehr ernstnahmen, daß man sich auf verschiedenen Seiten anschickte, das sozialdemokratische Vorbild nachzuahmen, als sein Gelingen noch sehr zweifelhaft war, und vor allem, daß schließlich der Polizeivorstand von Berlin scharfe Überwachungsmaßnahmen anordnete. So etwas belebt immer das Interesse und spornet die Demonstrationslustigen an, deren es in der Sozialdemokratie so viele gibt. Die Sozialdemokratie hatte noch einmal Glück. In Berlin wie im Reich ist der Erfolg nach den vorliegenden Berichten trotzdem im allgemeinen als gering zu bezeichnen. Die Versammlungen unterschieden sich in Zusammenhang und Verlauf nicht von den üblichen, und wenn auch über das Ergebnis der Abonnementwerbung für die Presse und der Mitgliederwerbung für die Organisationen günstig, freilich unkontrollierbare Mitteilungen gemacht werden, so ist es doch eine alte Erfahrung, daß die Wirkung solcher „Gewaltgeschäfte“ keine dauernde ist, und daß die so Geworbenen ziemlich bald wieder abspringen. Den Rückgang der Organisationen hält auch die Rote Woche nicht auf.

### Keine neuen Rüstungen.

O Berlin. 10. März.

Es ist kaum begreiflich, wie die falsche Nachricht entstehen konnte, daß eine halbe Milliarde für Neuverschaffung der Artillerie werde gefordert werden. Wer solche Nachricht verbreitet, muß sie doch, wenn er nicht als leichtfertig gelten will, von einer unterrichteten militärischen Stelle haben. Eine derartige Stelle aber, die irgendwem solche Mitteilungen gemacht haben könnte, gibt es nicht, denn die behauptete Absicht besteht nicht. Die Angelegenheit ist für uns psychologisch noch interessanter als in sachlicher Beziehung. Man kann an dem Beispiel erleben, mit welcher Unverfrorenheit sogenannte Nachrichten in die Welt gesetzt werden, und dies peinliche Ereignis hat für jeden Publizisten, der etwas auf sich hält, etwas wirklich Schämendes.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlichte ihrer Mittwochsnunne folgende Notiz: „Beschiedene Blätter wollen wissen, daß dem Reichstag demnächst eine Wehrvorlage mit einem Kostenbetrag von ½ Milliarde Mark zugehen werde. Wir können erklären, daß eine neue Wehrvorlage nicht in Aussicht steht.“

### Eine wichtige Abstimmung in der Militärstrafgesetz-Kommission.

Den eigentlichen Anstoß zur Reform des Militärstrafgesetzbuches, die nun sozusagen etappenweise vor sich geht, hat bekanntlich die drakonische Judikatur des Reichsmilitärgerichts gegenüber den zur Kontrollversammlung einberufenen Personen des Beurlaubtenstandes gebildet. Als die Regierung vor einigen Wochen ihren Gesetzwurf vorlegte, der ursprünglich die Milderung einiger Strafen verlangte, mußte es deshalb die selbstverständliche Pflicht des Reichstags sein, die Quelle gerade dieser Klagen abzugraben, Klagen, die, wie bekannt, vor allen Dingen sich an das Ersturter KriegsgerichtsUrteil knüpfen. So kam der Antrag Dr. Müller-Meiningen-Biszt in der 27. Kommission, der nur für die Dauer der Kontrollversammlung die Personen des Beurlaubtenstandes dem Militärstrafgesetz unterstellt wissen will, nur dem allgemeinen Rechtsempfinden entgegen. Durch die Annahme dieses Antrags, der in der Dienstagsitzung der Kommission, wie gemeldet, mit der imposanten Mehrheit von 16 gegen 4 Stimmen (3 Konservative, 1 Nationalliberaler) erfolgte, hat sich, wenigstens in einer ersten Lesung, die große Mehrheit des Reichstags dahin ausgewichen, daß die rechtlich unhalzbare Judikatur des Reichsmilitärgerichts gegen Reiservisten und Landwehrmänner aufhören müsse. Zu bedauern ist nur, daß nicht auch die nationalliberale Partei — im Gegensatz zu der in diesem Falle erfreulichen Haltung des Zentrums — diese Forderung der Gerechtigkeit erfüllt hat, vielmehr, wie die Konservativen, zur Seite stehen blieb. Ihr Anschluß an die anderen bürgerlichen Parteien wäre dringend zu wünschen, um bei der Regierung einen praktischen Erfolg in zweiter Lesung zu erzielen. Die Verbündeten Regierungen andererseits, die sich am Dienstag noch ziemlich ablehnend verbitten, würden einen großen Fehler begehen, ja wenn sie geradezu die sozialdemokratische Agitation unterstützen, wollten sie der nunmehrigen Forderung der Reichstagsmehrheit ihre Zustimmung versagen. Schon deshalb steht zu hoffen, daß auch das Plenum den Antrag Müller-Meiningen zunächst einstimmig, natürlich abgelehnt von den Konservativen, die ja hier niemals mitrechnen, annehmen möge.

### Deutsches Reich.

\* Hof- und Personal-Nachrichten. Der König und die Königin von Württemberg werden am 23. März zum Besuch des bayerischen Hofes in München eintreffen und am 24. März nach Stuttgart zurückkehren.

\* Keine Begegnung Kaiser Wilhelms mit dem Baron. Die „Rowoje Wremja“ in Petersburg erklärte, daß eine Begegnung des Barons mit Kaiser Wilhelm in den finnischen Schären im Laufe des Sommers in Aussicht stehe, und deutete an, daß Kaiser Wilhelm dieser Tage einen Brief des Barons erhalten habe. Beide Nachrichten werden dem Korrespondenten des „W. T.“ gegenüber von zuständiger Stelle als völlig grundlos bezeichnet. — Der Baron empfing übrigens gestern den deutschen Militärbevollmächtigten, den General der Infanterie Burggrafen und Grafen zu Dohna-Schlobitten, in Abschiedsaudienz.

\* Deutschlands Vertretung im Kardinalskollegium. Die deutsche Regierung hat in den letzten Tagen dem Papst durch den preußischen Gesandten beim Papst und durch den apostolischen Nuntius in München, Frühwirth, ihre Wünsche um Vertretung des deutschen Clerus im Kardinalskollegium durch wenigstens drei Mitglieder unterbreiten lassen. Der Papst dürfte in dem voraussichtlich im April stattfindenden Konzilium dem Erzbischof von Köln, Dr. v. Hartmann, und dem apostolischen Nuntius Frühwirth die Kardinalswürde verleihen.

\* Nationalliberalismus und Partikularismus. Der „Mannheimer Generalanzeiger“ wendet sich mit erfreulicher Entschiedenheit gegen die partikularistische Fanfare des Abgeordneten Rebmann. Das Organ des Abgeordneten Rebmann will nichts davon wissen, daß der badische Nationalliberalismus als Ort eines süddeutschen Partikularismus den Kampf mit dem preußischen Partikularismus aufnehmen sollte; es fordert deshalb eine authentische Interpretation der Rebmanschen Ausführungen, aus der klar hervorgehe, daß dem badischen Nationalliberalismus nicht fern liege, als einen süddeutschen Partikularismus zu züchten. Diese Haltung des Badischen Organis ist gewiß mit Genugtuung zu begrüßen, weil Rebmanns Propaganda für den Partikularismus mit den Überlieferungen der nationalliberalen Partei sicherlich nicht im Einklang stand.

\* Der König von Sachsen auf einer Industriertagung. Der Verband sächsischer Industriellen hielt gestern in Dresden seine Jahrestagung ab. Der König, die Minister, zahlreiche Stadtrüdenräger, Stadtveteren, viele berühmte Persönlichkeiten wohnten ihr bei. Der König wurde vom Verbandsvorsitzenden Geh. Kommerzienrat Lehmann begrüßt. Syndicus Dr. Strehmann sprach über die sächsische Industrie auf dem Weltmarkt. Der König unterhielt sich nach

Schluss des Vortrags gekommene Zeit mit Dr. Stremann über die rheinisch-westfälische Industrie im Vergleich zur sächsischen. Es blieb dann noch eine Weile im Kreise der Verbandsmitglieder und nahm eine Erfrischung an. Die Tagung war sehr stark besucht.

Zur Verbesserung der deutsch-dänischen Verkehrsziehungen. Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt: Ende des vorigen Monats fanden hier Besprechungen zwischen Kommissionen des Reiches, der preußischen, der mecklenburgischen und der dänischen Regierung statt, um die Möglichkeit von Verbesserungen der deutsch-dänischen Verkehrsbeziehungen zu untersuchen. Die Besprechungen erstreckten sich auf die wirtschaftliche Bedeutung der Verbesserungsmöglichkeiten, auf die Gestaltung des Fahrplans für die verschiedenen Verbindungen sowie auf andere Fragen vorbereitender Art. Die Erörterungen sollen demnächst fortgesetzt werden.

Ein Vortrag verbot des früheren Bürgermeisters Trömel. Die Polizei in Halle verbot den Vortrag des früheren Bürgermeisters Trömel aus Usedom, der über seine Dämmerzustände und seine Erfahrungen in der Fremdenlegion sprechen wollte. Trömel hat die Absicht, den Vortrag in allen größeren Städten Deutschlands zu halten; was man allerdings ebenso für einen Unfall hält. Es müssen, wie seinerzeit die Rundreise des Hauptmanns von Höppen — denn der Vortrag ist derartiger Vorträge wird doch kaum die Wahrheit vor der Fremdenlegion sein, die Trömel noch Pariser Blättern noch gar gelobt haben soll früher, als vielmehr derjenige, aus einer üblichen „Sensation“ Geld herauszuschlagen.

# Der Leiter der „Gesellschaft für Welthandel“. Als Leiter der geplanten Deutschen Gesellschaft für Welthandel wurde sowohl in Regierungs- als auch in kaufmännischen Kreisen der aus dem Reichsdienst scheidende Director der handelspolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Dr. von Noern, genannt.

Ein Ministerialerlass über schärfere Maßnahmen zum Arbeitswillensschutz. In Preußen wird binnen kurzer Zeit das Streikostensteuerverbot ohne gesetzliche Maßnahmen durch Polizeiverordnung geregelt sein. Nachdem bereits vor einiger Zeit in Rheinland und Westfalen durch Polizeiverordnungen entsprechende Anordnungen wegen der polizeilichen Befugnisse im Falle der Begegnung vor Ruhestörungen und Gefährdung der Sicherheit erlassen worden sind, hat der Minister des Innern die Oberpräsidenten der übrigen Provinzen auf den Erlass ähnlicher Verordnungen hingewiesen. Demgemäß erfolgt jetzt der Erlass entsprechender Vorschriften, durch die folgendes bestimmt wird: „Den Anordnungen der polizeilichen Aufsichtsbeamten, die a) zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung, insbesondere zum Schutze der Personen und des Eigentums, b) zur Erhaltung der Ruhe, Sicherheit und Ordnung und Bequemlichkeit des Verkehrs auf den öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder Wasserstraßen getroffen werden, ist Folge zu leisten. Zu widerhandlungen werden, so weit nicht die im § 366, Ziffer 10, des Reichsstrafgesetzbuches angebrochene Strafe (Geldstrafe bis zu 60 M. oder Haft bis zu 14 Tagen) eintrete, mit einer Geldstrafe bis zu 60 M. und im Falle des Unvermögens an deren Stelle mit entsprechender Haft bestraft.“ Verordnungen dieses Inhalts sind bereits in der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts als rechtsgültig erkannt worden; sie stützen sich u. a. auf § 10, Teil 2, Tit. 17 des Allgemeinen Landrechts, der lautet: „Die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit, Ordnung und zur Abwendung des dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern derselben bevorstehenden Gefahr zu treffen, ist das Amt der Polizei.“ Auch in anderen Bundesstaaten sind Errichtungen im Gange, im Wege der Polizeiverordnung polizeiliche Vorfahrten gegen das Streikostensteuer zu treffen.

\* Berlins Vermögensbilanz. Die Anleiheschulden der Stadt Berlin betrugen insgesamt 506 050 382 M., einschließlich 80 Millionen Mark in diesem Jahre noch zu begebender Anleihen. Das Aktivvermögen der Stadt Berlin beträgt zurzeit 1100 Millionen Mark.

\* Fünf neue Angriffe auf Militärpersonen sollten nach Meldung reaktionärer Blätter im Bereich des elsässischen Armeekorps stattgefunden haben. Das Literarische Bureau des Ministeriums in Straßburg teilt nun mit, daß diese Nachricht nicht zutrifft.

\* Eine kaiserliche Spende für eine Kirche. Der Kaiser schenkte aus seiner Privatschatulle 20 000 M. zur Erneuerung der Lutherkirche in Mansfeld.

Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, die jetzt so intensiv die Handelsbetreibenden beschäftigt, ist noch nachträglich auf die Vollversammlung des deutschen Handelsrates, der am 18. und 19. März zusammentritt, gesetzt worden. Eine Ausschüttung des deutschen Handelsrates geht der Vollversammlung am 17. März voran und wird sich ebenfalls mit der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe beschäftigen.

Ausdehnung des Generalpardons auf schwedende Verfahren. Das Kammergericht hat entschieden, daß der Generalpardon des Wehrbeitzuges auch für bereits schwedende Verfahren wegen Steuerhinterziehung gilt.

Ein Nachspiel zu dem Kielner Werftprozeß im Jahre 1909. Der Landgerichtsdienst Wolff, der früher als Aufseher im Untersuchungsgefängnis beschäftigt war, wurde gestern in Kiell verhaftet. Das Gericht gegen ihn wird streitig gehalten, es verlautet nur, daß es sich um ein Nachspiel zu dem Werftprozeß im Jahre 1909 gegen die Staatsleute Frankenbach und Jakobson handelt.

Die Niederlassung von 12 Benediktinerpatres auf dem Michelberg bei Siegburg ist, wie die „Kölner Volkszeitung“ erichtet, durch den Justizminister genehmigt worden.

Ein 125jähriges Zeitungsjubiläum in Sachsen. Am 12. März beginnt der „Bogisländische Anzeiger“, eines der ältesten Amtsblätter des Königreichs Sachsen, sein 125jähriges Bestehen. Der Verlag der Zeitung hat eine Denkschrift zur Feier des seligen Jubiläums herausgegeben, die eine in vieler Beziehung einzigartige Chronik der politischen und wirtschaftlichen Ereignisse darstellt, wie sie sich in den Spalten der jeweiligen Nummern des „Bogisländischen Anzeigers“ widerspiegeln.

### Rechtspflege und Verwaltung.

Anwälte gegen den Richterbund. Die Vertreterversammlung des Deutschen Anwaltsvereins, die am 8. März in Weimar tagte, hat einstimmig folgende Resolution gefasst: „Von den angesehensten Richtern und Rechtslehrern wie von den deutschen Justizverwaltungen wird anerkannt, daß das Geheimnis der Rechtspflege auf einem vertraulichsten Zusammenwirken der Richter mit den Rechtsanwälten beruht. Nicht nur die Vorstände der Anwaltskammern, sondern alle Organisationen der Anwälte, insbesondere der Deutsche Anwaltsverein, sind ernstlich bemüht, dem Volke das Vertrauen zu den Richtern zu erhalten und mit ihnen zu dem gemeinschaftlichen Ziele zusammenzuwirken. Die Zeitung des Deutschen Richterbundes und sein Organ, „Die deutsche Richterzeitung“, gefährend dieses Zusammenarbeiten. Denn sie unterstützen die agitatorischen Angriffe, die unter Verleumdung der Bedeutung des Anwaltsstandes und seiner Leistungen, unter Verallgemeinerung und Übertriebung einzelner Fehlgriffe gegen die Rechtsanwaltschaft erhoben werden. Wir legen gegen dieses Verhalten Verachtung ein zum Schutze des Ansehens unseres Standes, nicht minder aber auch zur Verhütung einer Schädigung unserer Rechtspflege.“

### Parlamentarisch.

Südwesterstaat in der Budgetkommission des Reichstags. Der Haushaltshaushalt des Reichstags setzte gestern die Beratung des Haushaltshaushalt des Reichstags beim Kapitel Landespolizei fort. Für die Landespolizei sind an weißen Hilfskräften 518 Mann vorgesehen, davon 15 Offiziere, 60 Polizeiwachtmeister, 108 Polizeisergeanten, außerdem noch außerordentliche Hilfskräfte: Gesamtbetrag 2 108 720 Mark (gegen das Vorjahr 57 600 M. weniger). Für forbige Hilfskräfte sind 155 800 M. angesetzt und davon 870 eingeborene Polizeiblätter zu besolden. Der Schutzauftrag stehen 517 Pferde, 508 Maultiere, 58 Kamme und 200 Ochsen zur Verfügung, für deren Unterhaltsaufgaben 505 000 M. angesetzt sind. Insgesamt sind für die Landespolizei 3 713 410 Mark vorgesehen. Von den Anforderungen für weiße Hilfskräfte wurde ein Gehalt der Kosten gestrichen. Die übrigen Anforderungen wurden bewilligt. Schließlich wurde eine Entschließung angenommen, in der der Reichskanzler aufgefordert wird, den Haushaltshaushalt für 1915 so aufzustellen, daß die Kosten für Landespolizei und Schutzauftrag zu zwei Dritteln vom Reich, zu einem Drittel vom Schuhgebiet getragen werden. — Weiter wurde eine Entschließung angenommen, nach der den Angehörigen der Schutzauftrag die Möglichkeit gegeben werden soll, ihre eigenen Versorgungsbürden auf fiktivem Lande zu erzeugen. Beim Kapitel Eisenbahnen und Häfen anlagen teilte auf Anfrage des Berichterstatters ein Regierungsvertreter mit, daß ein Entwurf über den vom Reichstag gewünschten Einheitstarif vorliege. Seine Verabschiebung sei durch Verhandlungen mit der Ostbahnen-

gesellschaft verzögert worden. Im Juli würde der neue Tarif wohl in Kraft treten können. Auf eine weitere Anfrage gab ein Regierungsvertreter Auskunft über den Stand des Brückenbaues in Swakopmund, ebenso über die Kosten der elektrischen Kraftbeschaffung. Dann wurden die Einnahmeposten genehmigt.

Die Sonntagsruhe-Kommission des Reichstags setzte gestern die Beratung über die Ausnahmesonntage fort. Die Vorlage sieht zehn Ausnahmesonntage mit einer Beschäftigungsduer von zehn Stunden vor, davon sechs Sonntage fast geschichtlicher Grundlage und vier fast Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde. Ein Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien will diese Anordnung umdrehen, also nur vier Sonntage geschichtlich festlegen und sechs Sonntage den höheren Verwaltungsbehörden freigeben, ferner die Beschäftigungsduer auf acht Stunden herabsetzen und sie nicht über 7 Uhr abends zu lassen. Die Wirtschaftliche Vereinigung fordert die Streichung aller Ausnahmesonntage. Die Sozialdemokraten wollen nur den leichten Sonntag vor Weihnachten von 12 bis 6 Uhr freigeben. Die Kompromißparteien wollen für Kur- und Badeorte und Plätze mit starkem Touristendurchfluß nach Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde den Handel mit geringwertigen Andenken, Erinnerungszeichen und dergl. bis 7 Uhr abends gestatten unter der Voraussetzung, daß die Angestellten dann an jedem dritten Sonntag von aller Arbeit befreit sind. Auf eine sozialdemokratische Bemänglung wurde vom Zentrum und den Nationalliberalen erwidert, daß keineswegs daran gedacht sei, in großen Badeorten die Warenhäuser für den Verkauf von Kleinigkeiten offen zu lassen. Es handle sich nur darum, das Kleingewerbe nicht durch ein Verkaufsverbot direkt zu ruinieren. Ein Regierungsvertreter behielt, daß von den bisher zugestandenen zehn Sonntagen in Preußen tatsächlich nur sechs in Geltung seien. Die Kompromißanträge wurden schließlich unter Ablehnung aller anderen Anträge angenommen.

Zur Haltung des neuen Staatssekretärs von Elsach-Lotringen. In der Zweiten Kammer des elsass-lotringischen Landtags erklärte Staatssekretär v. Röder, die Wünsche, er möge sein Programm entwideln, könne er auch heute noch nicht erfüllen, weil das Programm nur aufgebaut werden könne auf Grund des genauen Kenntnis des Verhältnisses. Er unterstreicht die Meinung des Abg. Hauff, daß die Verfassung nicht angepasst werden dürfe. Der Abgeordnete habe ferner betont, daß im Lande nur die verfassungsmäßigen Faktoren zu regieren haben. Auch diesen Ausführungen könne er durchaus zustimmen. Auf bereits erledigte Angelegenheiten einzugehen, liege für ihn kein Anlaß vor. Er möchte nur auf die Mitteilung des Reichskanzlers verweisen, daß die Frage der Heranziehung des Militärs einer Prüfung unterliege. Er sei übrigens der Meinung, daß in den letzten Jahren von Verfassungsfragen so viel gesprochen worden sei, daß dringende Fragen der Verwaltung hätten in den Hintergrund treten müssen. So sei die Finanzreform eine der wichtigsten Aufgaben. Die Ausführungen des Reichskanzlers im preußischen Herrenhaus könnten nur dahin verstanden werden, daß in den großen allgemeinen politischen Fragen, in denen das Reichsinteresse im Vordergrunde stehe, es zu ernstigen Divergenzen nicht kommen könne, doch aber wohl in Fragen der Wirtschaftspolitik und einzelnen Verwaltungsfragen Divergenzen möglich seien. Der Staatssekretär schloß: Wir werden gern in ernster gemeinsamer Verwaltungsarbeit mit Ihnen zusammenarbeiten.

### Heer und Flotte.

Die Saberner Garnisonfrage. Wolfs Bureau teilt aus Berlin mit: Dem „Elsässer“ wurde angeblich von maßgebender Seite mitgeteilt, daß die Verlegung des Infanterie-Regiments Nr. 132 nach Sabern und des Infanterie-Regiments Nr. 9 nach Straßburg mit dem 1. Oktober zu erwarten sei. Die Nachricht wird ebenso wie die schon vor Wochen verbreiteten Versetzungsergebnisse auf freier Erfindung.

Die bayerische Luftschifferabteilung wird aller Wahrscheinlichkeit nach nach Germersheim verlegt werden. Diese Verlegung dürfte damit zusammenhängen, daß auch der von der bayerischen Militärverwaltung bestellte neue Beppelein in Germersheim stationiert werden wird.

Die atlantische Division in Argentinien. Aus Buenos Aires, 10. März, wird über die Aufnahme unserer „blauen Jungen“ in Argentinien weiter berichtet: Die Feindseligkeiten anlässlich der Anwesenheit der deutschen Kriegsschiffe nahmen gestern vorzeitig ihren Fortgang mit einem Ausflug der deutschen Mannschaften nach Quilmes, wohin sie von der

## Jenilleton.

### Aus Kunst und Leben.

Die ersten deutschen Komödianten in Russland. Wie man weiß, waren die ersten Schauspieler Russlands Deutsche, die bereits am Hofe der ersten Romanows ihre Kunst übten; freilich waren diese Vorstellungen nur für den Baron und seine nächste Umgebung berechnet; eine interessante neue russische Veröffentlichung, die sich mit dieser Pionierarbeit der Deutschen für das russische Theaterleben beschäftigt, weist darauf hin, daß es damals noch kein öffentliches Theater im russischen Reiche gab; ein soisches schuf erst Peter der Große, der in Moskau auf dem Roten Platz, hart an der Mauer des Kreml einen „Komödien-Tempel“ erbauen ließ, der an deutsche Schauspieler vermietet wurde. Der erste Direktor dieses „Tempels“, der nicht mehr war als eine Breiterscheune, war Johann Kunst. Die Geschäfte Kunsts gingen aber nicht röhnlisch, denn das Moskauer Publikum war keineswegs so aufgelistet wie sein Herrscher. Man betrachtete das Theater einfach als eine „Erfindung des Teufels“, der rechtgläubige Christen fernzuhalten hatten. Außerdem waren die Eintrittspreise sehr niedrig angehoben, man zahlte von drei Kopeken aufwärts bis zu zwanzig Kopeken. Der gute Johann Kunst verkrachte und wurde damit der erste Theaterdirektor Russlands, den der Pleitegeier holte; er ging, wie das auch noch heute in Russland in unzähligen Fällen geschieht, bei Nacht und Nebel durch. Seine Truppe konnte sich nur an den Fundus halten, der freilich nicht allzu reich gewesen zu sein scheint. Immerhin gab es doch einige Prachtstücke, die unter den Hammer kamen, wie etwa eine Wiese mit Menschen, Tieren, Vögeln, Bliegen und sogar Mücken. Bekannterweise war auch ein komplettes Meer, bestehend aus neun Wellen, von denen freilich die neunte und größte komponiert war. Das verkrachte Theater und den Fundus übernahm Joseph Fürst, der die Aufführungen nicht nur in deutscher, sondern auch in russischer Sprache veranstaltete; gleichzeitig hatte er einige jungen Russen im Auf-

trage des Baron in der Schauspielkunst zu unterweisen. Diese jungen Künstler waren den Frauen im Lande ein Greuel, denn sie führten ein gar ungebundenes Leben; sie betrafen sich, tranken mit den Degen, die sie widerrechtlich führten, durch die Stadt und spielten den würdigen Kaufleuten argen Schabernack, der sowieso ging, daß diese Leute sich sogar an dem Heiligtag fremder Völker vergingen, d. h. die Völker beschimpften, wenn die Kaufleute nicht mit Geld oder Waren bezaubern wollten. Lange duldeten die Moskauer diese Übergriffe, aber schließlich riß ihnen doch die Geduld und sie flohen. Das Verfahren war kurz und summarisch, — der Hauptandalist wurde furchtbar gepeitscht. Während bei Kunst Frauenrollen noch von Männern gespielt worden waren, verfügte Fürst bereits über zwei Schauspielerinnen, ein Fräulein v. Weißlich und die Frau des Generalalzates Poggemann, die letztere erhielt 150, Frau Poggemann dagegen 800 Rubel Jahresgage, das war für damalige Zeiten enorm viel. Die russischen Schauspieler waren doggen miserabel honoriert, sie führten ein elendes Dasein, so daß man wohl verzweifeln kann, daß sie sich mit Gewalt und Lust das nahmen, was sie zum Lebensunterhalt brauchten. O. G.

### Kleine Chronik.

Theater und Literatur. In Wien kam es aus Anlaß des 100. Geburtstages des kleinrussischen Dichters Schewtschenko in den Straßen zu Kundgebungen. Ein großes Aufgebot von Polizeibeamten zu Fuß und zu Pferde durchzog die Stadt, um das Singen revolutionärer Lieder zu unterdrücken. Zahlreiche Studenten wurden verhaftet. Die Gebäude der höheren Schulen waren von einer totalen Polizeiabteilung besetzt. In dem städtischen Institut kam es zu einem Zusammenstoß zwischen zwei Parteien von Studenten.

Wilhelm Jacobys neues Lustspiel „Wir geh'n nach Tegernsee“ hatte am Städttheater zu Kürnbach einen durchschlagenden Theatererfolg.

Die Komödie „Der Ritter“ von Harry Kahn, deren gleichzeitige Uraufführung im Oktober in den Berliner Komödienspielen und im Münchener Schauspielhaus stattfand,

wurde soeben auch vom Hoftheater in Stuttgart und von der Neuen Wiener Bühne zur Aufführung erworben.

In Triest wurde ein neues Stück „Das Brandmal“ der römischen Schriftstellerin Clartice Tazzafati zum erstenmal aufgeführt und erzielte einen großen Erfolg. Das Stück, das die Schmach des Mädelhandels behandelt, wird in deutscher Übersetzung von Hans Barth an verschiedenen deutschen Bühnen aufgeführt werden.

In Paris starb der Regierungskommissar bei den staatlich unterstützten Theatern, der Schriftsteller Adrien Vernheim, der sich insbesondere durch seine Bemühungen, den französischen Schauspielern ein sorgenfreies Alter zu verschaffen, bekannt gemacht hat.

In einem Interview mit einem italienischen Journalisten möchte die gegenwärtig in Rom weilende Gattin Maeterlinck Georgette Leblanc einige interessante Mitteilungen über die neuen Arbeiten, mit denen Maeterlinck zurzeit beschäftigt ist. Gegenwärtig vollendet er den Band „Der unglückliche Gott“, der, wenn möglich, noch im Laufe dieses Frühjahrs in Paris erscheinen soll. Auch seine Betrachtungen „Der Tod“ sollen in erweiterter und ausgearbeiteter Fassung in Kürze in Frankreich veröffentlicht werden. Für die Bühne beschäftigt sich Maeterlinck zurzeit mit einem Fabelstoffe tragischen Inhaltes.

Bildende Kunst und Musik. Frau Natalie Rilliet hat eine neue Operette „Immer der andere“ vollendet, die am Leipzigischen Stadtttheater zur Uraufführung im kommenden Herbst gelangt.

Beoncavalo arbeitet gegenwärtig an einer dreitägigen Oper „Abe Maria“, die im nächsten Frühjahr herauskommen soll.

Wissenschaft und Technik. Der Professor der Chirurgie Delibes in Paris teilte in der Akademie der Medizin mit, daß es ihm in zwei Fällen gelungen sei, die durch die Operation verursachten Substanzverluste durch Aufsprühen von Kautschukplättchen zu ersetzen, welche sich mit dem lebenden Gewebe zu verschmelzen scheinen.

dortigen deutschen Brauerei geladen waren. Bei einem Frühstück an Bord des Kreuzers „Strasbourg“, zu dem viele argentinische Marineoffiziere Einladungen erhalten hatten, sprach Konteradmiral v. Rebeur-Paschwitz auf Argentinien, die argentinische Marine und die deutschen Landsleute, während der Marineminister einen sehr herzlichen Trinkspruch auf Deutschland und die deutsche Marine ausbrachte. Zu dem Empfang, der sich dem Frühstück anschloß, fanden sich besonders viele argentinische Familien ein. Gestern abend waren der Konteradmiral und die deutschen Offiziere Gäste des österreichisch-ungarischen Gesandten. Heute sollte die „Strasbourg“ mit dem deutschen Admiral nach Montevideo gehen; da jedoch v. Rebeur-Paschwitz leicht erkrankt ist, wurde die Abreise aufgeschoben.

### Post und Eisenbahn.

Auch der Leiter des holländischen Postwesens zur Information in Deutschland. Zum Studium der deutschen Posteinrichtungen ist, nachdem erst vor einigen Tagen der englische Generalpostmeister in der Reichshauptstadt anwesend war, nunmehr der Generaldirektor des holländischen Postwesens in Berlin eingetroffen.

**Ein neuer Eisenbahnverein.** Wie in verschiedenen anderen Direktionsbezirken haben sich jetzt auch im Bezirk der Eisenbahndirektion Essen die Beamten 1. Klasse des mittleren Eisenbahndienstes zur besseren Vertretung ihrer Interessen zu einem Verein zusammengeschlossen.

### Deutsche Schutzgebiete.

Der Bischof von Kamerun. Am Montag hat der apostolische Vikar von Kamerun Bischof Vieiter, der ein Jahr zur Scholung in Deutschland weilte, die Rückreise nach Kamerun angereten. Dort wird er nach Ütern dem zu seinem Aadjutor mit dem Recht der Nachfolge ernannten Pater Hennemann die bischöfliche Weihe erteilen.

## Ausland.

### Österreich-Ungarn.

Turhan-Pascha in Wien. Wien, 10. März. Turhan-Pascha frühstückte heute beim Grafen Berchtold und hatte dann mit dem italienischen Vorsitzer Herzog von Avarna eine Besprechung. Später machte er beim rumänischen Gesandten einen Besuch und konferierte mit dem türkischen Vorsitzer. Abends reiste Turhan-Pascha nach Durazzo ab. — Das „Fremdenblatt“ veröffentlichte eine Unterredung mit Turhan-Pascha. Turhan erklärte als sein Programm, den Fürsten in jeder Hinsicht zu unterstützen. Er werde bestrebt sein, auf dem wirtschaftlichen Gebiete und auf dem Gebiete des Unterrichtswesens eine rege Tätigkeit zu entfalten.

Eine Studentendemonstration in Wien. Wien, 10. März. Die Hörer der Wiener Tierärztlichen Hochschule, welche seit langem fordern, daß dieselbe von der militärischen Kompetenz abgetrennt und gleich anderen Hochschulen dem Unterrichtsministerium unterstellt werde, sowie eine bauliche Umgestaltung des Instituts im modernen Sinne verlangen, demonstrierten vor der Schule. Sie durchbrachen die Türe, besperrten die Tore und drangen in die Aula ein, um dort eine Versammlung abzuhalten. Da die Hörer die Aula nicht freiwillig räumen wollten, wurde der militärischen Bereitschaft der Polizei ein Befehl erteilt, sie auszulösen. Angeicht des energischen Vorgehens des Militärs verließen nun die Studenten die Aula in der Abicht, einen Demonstrationszug zum Kriegsministerium zu unternehmen, doch scheiterte dieser an dem energischen, den Studenten befahlten Schluss der Polizei, einen solchen Zug auf jeden Fall zu verhindern. Bei der Räumung der Aula wurden 12 Verhaftungen von der Polizei vorgenommen. Gegen 12 Uhr mittags trat völlige Ruhe ein. Die Tierärztliche Hochschule wurde durch eine Verfügung des Ministers geöffnet.

Schwere Verurteilung eines Spions. Wien, 11. März. Das bissige Garnisongericht verurteilte gestern den Oberleutnant Jabol vom 4. Husaren-Regiment wegen Spionage zu 17½ Jahren schweren Kerls und zum Verlust der Charge.

### Luxemburg.

Verurteilung des Bischofs Koppes. Zugemündung, 10. März. Der Bischof von Luxemburg Koppes hatte in einem Hirten schreiben den Katholiken das Lesen einer Anzahl von Zeitungen verboten. In einer von der „Neuen Zeit“ angestrengten Verleumdungsrede wurde heute der Bischof zu einer Geldstrafe von 20 Franken mit Strafauffüllung verurteilt.

### Frankreich.

Doumergue zur auswärtigen Politik. Paris, 10. März. In der Kammerrede erklärte bei der Veratung des Gesetzes des Ministeriums des Außern der Ministerpräsident und Minister des Außern Doumergue: Die Regierung hört nicht auf, in allen Fragen mit den Freunden und Verbündeten in vollem Einvernehmen vorzugehen. Die Versprechungen, die stattgefunden haben, um friedliche Lösungen für Schwierigkeiten zu finden, haben dies Einvernehmen Frankreichs mit dem verbündeten Russland und dem befreundeten England noch verstärkt, ein Einvernehmen, das sofort erscheint, um das europäische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten und den Frieden zu wahren. Dies Vorgeben hat auch die anderen Großmächte beeinflußt. (Beifall.) In dem Teil seiner Rede, der sich auf die Schaffung Albaniens bezieht, sagte Doumergue: Die Konferenz der Großmächte in London hatte sich von der Notwendigkeit überzeugt, längs der Küste des Adriatischen Meeres einen unabhängigen Staat zu gründen in den Regionen, wo die albanische Rasse vorherrscht. Die Großmächte hatten anerkannt, daß in diesen Gebieten, die in der Nachbarschaft von zwei Großmächten liegen, Italien einerseits und andererseits Österreich-Ungarn, dessen Geschichte Kaiser Franz Joseph mit so großer Weisheit und so großer Würde leitet, seit längst verschwundenen Zeiten eine italische und kroatische Rasse mit ausgesprochenen Volkscharakteren ihren Sitz hat. Zu dem Besuch des Prinzen zu Wied in den sechs Hauptstädten bemerkte der Ministerpräsident, die Betracht beweise seinen Willen, Albanien unabhängig zu erhalten. Die Wirkung Frankreichs ist offen denjenigen sicher, die in diesem Lande ohne Gewaltmaß die Ruhe wiederherzustellen suchen. Weiter zollte der Ministerpräsident der Haltung Rumäniens ein Anerkennung, daß ein wichtiger Faktor das Friedens auf dem Balkan bleibe. Ministerpräsident Doumergue wies darauf hin, daß sich Frankreich in friedlichem Sinne betätige, besonders auch in der Türkei. Diese würde nicht auf eine finanzielle Unterstützung Frankreichs rechnen können, wenn sie den Fried-

den fören wolle. (Lebhafte Beifall.) Sodann besprach der Ministerpräsident die syrische und die armenische Frage und den Anteil Frankreichs an der Lösung der verantwortlichen Lage in China und Persien. Bei der Bezeichnung der Marokkofrage sagte der Ministerpräsident: Die letzten Abkommen mit Spanien haben die Meinungsverschiedenheiten beendet, eine sehr glückliche Annäherung und eine vollständige Eintracht in der marokkanischen Verwaltung der beiden Länder herbeigeführt. — François Delangle drückte seine Freude über die Erklärungen Doumergues aus und vertrat sodann die Notwendigkeit der Wiederaufnahme der Beziehungen zum Vatican. Schließlich betonte der Redner, daß Frankreich seinen Einfluss im Orient aufrecht erhalten müsse und wies auf die Bemühungen Galliens und Deutschlands hin. Darauf sprach er von der Vorbereitung des nächsten Concilium von seitens Österreich-Ungarns, Italiens und Deutschlands. — Jan redete die Forderung, daß die von der Türkei für die Anerkennung des Status quo verlangten Garantien von allen weiteren Mächten gefordert werden sollen, bevor man ihnen finanzielle Hilfe gewähre. Er hoffte, die Regierung werde nicht ihre Zustimmung zu einer französischen Anteile geben, um die Diktaturherrschaft zu stärken, die in China besteht. Ministerpräsident Doumergue antwortete, daß die Regierung sich bezüglich Chinas nach der internationale Über eintrunft richten werde. — Darauf wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Denis Cochin zur deutsch-russischen Differenz. Paris, 10. März. In der heutigen Debatte über das Budget des Ministeriums des Außern beschäftigte sich der Sonderstaatsdeputierte Denis Cochin mit der zwischen den deutschen und den russischen Presse entstandenen Feindschaft. Die Ursache bilde offenbar die zunehmende Macht Russlands. Die Beunruhigung der Deutschen sei vielleicht darauf zurückzuführen, daß sie Zweifel indirekt der Erneuerung des Handelsvertrages mit Russland hogen, der in zwei Jahren ablaufe. Der Redner schloß: Wir brauchen nur zu warten; wir sind mit einem sehr großen Bande verbündet und können laut sprechen. Wir brauchen nur zu stecken, was wir sind, nicht aus kriegerischer Gefahr, sondern in dem Gefühl der Sicherheit. Die Phase, die wir gegenwärtig durchmachen, wird nicht von langer Dauer sein.

Der Gründer des „Matin“ gestorben. Paris, 10. März. Heute nachmittag starb hier der Journalist Alfred Edwards, der durch die Gründung des „Matin“ auf die gegenwärtige Gestaltung der französischen Presse einen beträchtlichen Einfluß gewonnen hat. Edwards hat ein Alter von 57 Jahren erreicht.

### England.

Der Kriegsminister über die Stärke des Landheeres. London, 10. März. (Unterhaus.) Bei der Einbringung des Militäretaats erklärte Kriegsminister Seely: Wir hatten außerhalb Englands 117 000 Mann völlig mobiliert; im Heimatlande selbst waren 121 000 sowie 146 000 Reservisten sofort zum Dienst verhinderbar. Im Falle einer Mobilisierung würden wir in sehr kurzer Zeit eine Expeditionsmacht von 162 000 Mann haben, alles voll ausgerüstet, Leute, Pferde, Geschütze und Munition. Im Falle einer plötzlichen Nöte in Friedenszeiten würden wir, allgemein gesprochen, 50 000 Mann aller Waffengattungen in einigen Stunden bereit haben, um sie irgendwohin zu senden.

Zur Verhaftung der Frau Panhurst. London, 11. März. Die in Glasgow verhaftete Frau Panhurst traf gestern abend im Eiluge unter polizeilicher Bedeutung in London ein und wurde nach dem Holloway-Gefängnis übergeführt. In Glasgow mußte sie auf einer Tragbahre in den Zug gebracht werden. In London wartete eine große Anzahl von Suffragetten auf der Endstation auf sie, um eine Demonstration zu veranstalten und ihre Führerin zu befreien. Die Polizei führte die Suffragetten hinter sich, indem sie die Verhaftete auf dem London Road-Bahnhof in einen Gefangenwagen überführte, der sie nach Holloway brachte.

Eine neue scheußliche Suffragettenabschaffung. London, 10. März. Heute vormittag wurde in der Nationalgalerie die Venus von Velasquez durch einen Schnitt mit einem kleinen Messer oder einem Messer schwer beschädigt. Die Täterin wurde verhaftet; es ist eine sehr bekannte Angehörige des Frauenstimmrechts namens Mary Richardson. Vor dem Polizeirichter in der Bowstreet erklärte sie: „Ich versuchte das Bild der schönen Frau der Malerei zu zerstören, um gegen die Regierung zu protestieren, die Mrs. Panhurst zerstört, die der schönste Charakter in der modernen Geschichte ist.“ Die Angeklagte wurde in der Haft behalten. Die Freilassung gegen Bürgschaft wurde abgelehnt. Das beschädigte Gemälde (das von Wellington aus dem Besitz der Herzöge von Alba nach England gebracht ist) hat einen Wert von 10 000 Pfund.

### Italien.

Das Ende des Generalstreiks in Rom. Rom, 10. März. Bei dem Zusammenstoß heute früh wurden neun Manifestanten und eine Anzahl Polizeibeamte leicht verletzt. Nachmittags trat völlige Ruhe ein. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen und die Läden geöffnet. Die Wagen der Straßenbahn verkehrten wieder.

### Mexiko.

Die Schlacht bei Torreon. New York, 10. März. Nach einem Bericht der „New York World“ aus El Paso hat eine Schlacht bei Torreon stattgefunden. Die Rebellen, die angegriffen hatten, wurden geschlagen. Die Gesamtzahl der Getöteten soll 1000 Mann betragen. Die Truppen des Generals Guerra bewegten sich in vier getrennten Abteilungen vorwärts und daneben besteht noch eine Kolonne von 500 Mann. — In Mexiko haben sich 900 Mann, die in das Gefängnis geworfen worden waren, freiwillig in die Armee einreihen lassen.

### Japan.

Die Kaiserkrönung. Tokio, 10. März. Im Abgeordnetenhaus wurde heute die Forderung für die Krönung des Kaisers, die vorläufig auf den 3. November festgesetzt ist, eingeführt. Die Kosten belaufen sich auf 5 227 442 Yen.

## Luftfahrt.

Alierungsfall. London, 10. März. Auf schreckliche Art verunglückte gestern der Militärsieger Hauptmann Dorner vom Northampton-Regiment. Als er über Upavon

auf einem zweideckigen Flug hoch flog, explodierte der Motor, worauf der Unglücksflieger zur Erde herabstürzte und in furchtbare verstümmeltem Zustand tot aufgefunden wurde.

## Aus Stadt und Land.

### Wiesbadener Nachrichten.

— Die Wiesbadener Thermalquellen. In der Thermalquellenangelegenheit haben die Besitzer der privaten Thermalquellen vor einigen Monaten erneut Antrag auf Schließung der städtischen Wassergewinnungsanlagen und auf Entfernung des Herrn Oberingenieurs Frensch aus der Kommission zum Schutz der Thermalquellen bei dem Herrn Polizeipräsidenten gestellt. Unsere Leser werden sich erinnern, daß die Thermalquellenbesitzer den Standpunkt vertreten, daß durch die Wassergewinnungsanlagen der Stadt ihre Quellen geschädigt werden, und daß die Entfernung dieser Wassergewinnungsanlagen, auch abgesehen hiervom, im Interesse der Allgemeinheit gefordert werden muss. Die Angelegenheit zieht sich jetzt ungefähr 15 Jahre lang hin. Die Schließung der städtischen Wassergewinnungsanlagen ist bereits einmal im Jahre 1908 von dem Herrn Polizeipräsidenten angeordnet worden, und der Herr Regierungspräsident hat diese Verfügung bestätigt. Dem Magistrat ist es aber damals gelungen, bei dem Herrn Oberpräsidenten die Aufhebung dieser polizeilichen Verfügung zu erreichen. Es ist dann während der folgenden Jahre versucht worden, die Beseitigung der Anlagen in Güte durch Verhandlungen zwischen dem Magistrat und den Quellenbesitzern zu erledigen, was wohl im Interesse unserer Kurstadt und des Badebetriebs gelegen hätte. Die Verhandlungen aber haben sich aus nicht bekannt geworden Gründen zerschlagen. Die Quellenbesitzer haben sich, da sie beabsichtigen, auch abgesehen von dem Verwaltungsweg, gegen die Stadtverwaltung vorzugehen, bei dem Herrn Polizeipräsidenten Ende Februar erfußt, wann eine Entscheidung auf ihre Anträge zu erwarten sei, aber den Bescheid erhalten, daß sich der Zeitpunkt, wann auf die Anträge entschieden werden könne, noch nicht bestimmten lasse.

— Deutschland und Großbritannien im Wettkampf. Ja der Kilo der Gewerbeschule hielt gestern abend der Breitauer Dozent der Staatswissenschaften Dr. v. Gerhardt im Auftrag des „Sozial-Werberevereins Wiesbaden“ einen Vortrag über den deutsch-englischen Wettkampf auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet. Ausgehend von den politischen Ereignissen des Vorjahrs, so der Redner, den auffallenden Einfluß Englands auf die Geschichte der kontinentalen Völker hervor. London sei gewissermaßen die Zentralstelle, von der aus die Weltereignisse dirigiert werden. Wir haben ganz besondere Veranlassung, unser Augenmerk auf diese Tatsache zu richten, da die Entwicklung der deutschen Weltwirtschaft für England eine unliebsame Konkurrenz bedeutete und jene Spannung zwischen den beiden Völkern herbeiführte, die durch die Furcht vor einer deutschen Invasion auf der einen Seite und die allgemeine Ansicht von der Überlegenheit der englischen Flotte auf der anderen Seite noch verstärkt wird, ohne daß bisher der auf beiden Seiten vorherrschende Wunsch nach einer Klärung der Situation in die Tat umgesetzt worden sei. Die Entwicklungsgeschichte der deutsch-englischen Beziehungen beginnt mit der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Erzeugnisse. England, das früher den Weltmarkt unbedingt beherrschte und es verstanden hatte, seine dominierende Stellung durch geschickte politische Schachzüge zu festigen, sah mit wachsender Unruhe die Umwandlung Deutschlands aus einem reinen Agrar- in einen Industriestaat. Bahnbrechende Erfindungen in der Eisenindustrie und auf anderen Gebieten förderten die Produktion, und als das bekannte „Made in Germany“ eine ganz andere als die beabsichtigte Wirkung hatte, schaute die Nervosität jenseits des Kanals ein. Dazu kommt, daß die Konkurrenzfähigkeit der englischen Körbe im Abnehmen begriffen ist, eine Tatsache, die den Engländer mit banger Sorge in die Zukunft blicken läßt. Aus diesen Ursachen reagierten die Bemühungen unserer Vetter, Deutschland durch allerhand Säderungen in seiner Entwicklung zu behindern. Man will einen offenen Zusammenstoß gern vermeiden, aber man arbeitet im stillen; die Wirkung dieser Wühlertheit sei auch an den jüngsten russischen Grenzbefestigungen zu erkennen. Waren die Ausführungen des Redners über die historische Entwicklung der deutsch-englischen Beziehungen, wenn sie auch eine gewisse Einseitigkeit nicht verleugnen ließen, außerordentlich interessant und beachtenswert, so überraschte doch der etwas bequeme Schluß. Herr v. Gerhardt empfahl nämlich als einziges Mittel zur Beseitigung der Verhältnisse die bekannte Schraube ohne Ende: „Da wir es kaum in der Hand haben, einen friedlichen Wettkampf herbeizuführen, ist es unsere Aufgabe, unsere Mäßigungen fortzusetzen.“ Damit hatte das Thema einen Abschluß gefunden, der kaum dazu angemessen war, allgemeine Bekleidigung auszulösen.

— Kirchliches. Die größere Vertretung der evangelischen GesamtKirchengemeinde ist auf Dienstag, den 17. März, nachmittags 5 Uhr, in den Bürgersaal des Rathauses zur Sitzung mit folgender Tagesordnung eingeladen: 1. Rechnungsbericht für 1913; 2. Prüfung der Rechnung für 1912/13; 3. Weiteres. — In dem morgen Donnerstag, abends 8 Uhr, in der Ringkirche stattfindenden Passionsgottesdienst predigt nicht Pfarrer Weidt, wie im Kirchenkalender steht, sondern Pfarrer D. Schlosser.

— Amtsenthebung eines sozialdemokratischen Gemeindeschöffen. Das Oberverwaltungsgericht hatte sich als höchste richterliche Instanz soeben mit einem Disziplinarverfahren zu beschäftigen, das gegen den Gemeindeschöffen Liebig zu Bierstadt mit dem Ziel der Amtsenthebung eingestellt worden war. Es wurde ihm zur Last gelegt, daß er als Schöffe bei der letzten Landtagswahl sich von der sozialdemokratischen Partei als Wahlmann habe ausspielen lassen und sozialdemokratisch gewählt habe. Der Kreisaußschuß gab dem Antrag des Anklägers statt und erklärte gegen L. auf Entlassung aus dem Amt. Zur Begründung des Urteils wurde u. a. etwa ausgeführt: Schöffen seien mittelbare Staatsbeamte, und diese Eigenschaft habe auch ihrer außerordentlichen Tätigkeit Grenzen, die sie nicht übersteigen dürfen, ohne sich eines Dienstvergebens schuldig zu machen. Die Sozialdemokratie sei eine Partei, deren Mitglieder sich zu Anschauungen bekennt, welche mit den Grundlagen des bestehenden Ordnung in Staat und Gesellschaft nicht vereinbar seien. Wenn ein Beamter dieser Partei angehöre und seine Zugehörigkeit zu ihr durch sein Verhalten nach außen bekunde, so mache er sich des Vertrauensuntreue verdächtig, das sein Amt von ihm erfordere. Das habe L. getan, indem er sich von sozialdemokratischer Seite als Wahlmann bei

der Landtagswahl habe aufstellen lassen und dann auch sozialdemokratisch gewählt habe. Damit habe er auch die besondere, mit seinem Amt verbundene Pflicht, für die Rechts- und Staatsordnung einzutreten, gründlich verletzt. Gegen das Urteil rief U die höchste Instanz an, wie uns aus Berlin berichtet wird, bestätigte jedoch das Oberverwaltungsgericht die Vorentscheidung in nichtöffentlicher Sitzung.

**Wanderlagerbetrieb.** Die Handelskammer Wiesbaden hat im Interesse des seiharten Handels, speziell des Kleinhandels, an die Mitglieder der Reichstagkommission zur Beurteilung des Entwurfs eines Gesetzes, betr. Änderung der §§ 56, 58c der Gewerbeordnung (Beschränkung des Haftierhandels und Wanderlagerbetriebs), eine Eingabe gerichtet, in der sie den Vorschlag der Handelskammer Elberfeld, eine ausdrückliche Verpflichtung der zuständigen Behörden zur Anhörung der öffentlichen Handelsvertretung bei der Feststellung des Bedürfnisses eines Wanderlagerbetriebs gesetzlich festzulegen, unterstützt.

**Neues Heim.** Die bekannte Firma von Bosch verlegte ihr photographisches Atelier von Luisenstraße 3 nach Schillerplatz 1a. Das neue Heim entspricht den Anforderungen der modernen künstlerischen Richtung. Stilvoll, elegant eingerichtete Wartezimmer nehmen den Besucher auf. Besonderen Weißt findet das Atelier: Kein Glashaus, wie bisher, sondern große, helle Räume, in der Art eines Malerateliers eingerichtet, bilden den eigentlichen Aufnahmeraum, in dem sich der Besucher fühlbar heimisch und behaglich fühlt.

**Hotel-Vorrichtungen.** Das bekannte „Hotel Mehler“, Mühlgasse 7, wurde an den langjährigen leidherigen Oberleiter des Hotels, Herrn August Gläsch, ab 16. d. M. verkauft. — Das „Hansa-Hotel“, Nikolaistraße 1, übernahm ab 16. d. M. pachtweise Frau Hotelbesitzer Marie Sütterlin aus Bonn. — Ab 1. April d. J. übernehmen als Pächter die Herren Restaurateur Johann Heng das Gasthaus „Zum Falten“, Bahnhofstraße 23, und Kilian Heng das Gasthaus „Zum Posthorn“, Bahnhofstraße 18.

**Destrandanten.** Der bestreitete Dr. Geisenberger, der stellvertretende Direktor der Chemischen Werke „Elektron“ in Griesheim, wurde in dem Moment hier in Wiesbaden festgenommen, als er sich in ein Hotel in der Wilhelmstraße begabt hatte. Die Höhe der Unterschlagungen, die ihm zur Last gelegt werden, beträgt 150 000 M. Er hat die Kostenbücher und Rechnungsablagen zum Zweck der Täuschung gefälscht. — Der Buchhalter einer kleinen Weinhandlung, G. m. b. H., ist flüchtig gegangen. Wie vorläufig festgestellt werden konnte, fehlen einige Hundert Mark.

**Mutter und Sohn als Betrüger.** Durch die hiesige Kriminalpolizei wurden in Hamburg eine Frau Vogt und ihr Sohn verhaftet, welche eine Wiesbadener Familie durch die Vorstellung falscher Tatsachen um 2000 M. betrogen hatten. Das Paar wurde auch von der Staatsanwaltschaft in Kaiserslautern wegen Kreditorschwindel strafrechtlich verfolgt. Von der in Wiesbaden erschwendeten Geldsumme befinden sich noch 1250 M. im Besitz des Schwindelpaares.

**Feuer.** Im „Hotel Kaiserhof“ an der Frankfurter Straße entstand heute mittag kurz vor 1 Uhr aus unbekannter Ursache Feuer in einem Windfang. Die sofort benachrichtigte Feuerwehr rückte mit einem Löschzug aus und hatte die Gefahr beseitigt, ehe der Brand größere Ausdehnung annehmen konnte.

**Personal-Nachrichten.** Der Eisenbahn-Oberleiterfänger Riegel bei der Eisenbahndirection Mainz ist als Rechnungsrevisor bestellt worden.

#### Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

**Kurhaus.** Infolge des außerordentlich großen Interesses, das sich für die Aufführung der 9. Sinfonie von Beethoven am Freitag fand, bat sich die Kurverwaltung entzweit, die morgen Donnerstagabend 8 Uhr im Kurhaus stattfindende Vorprobe gegen Lösung einer Blaskapelle, welche mit der Julius-Abonnementkapelle, Postkapelle, Kurhaus-Kapelle, Kurtax- oder Logkapelle vorzuzeigen ist, zu gänzlich zu machen.

**Kurtheater.** „Madame Knister“ der übermäßige Schwarm von B. Neumann der allabendlich im Kurtheater mit durchschlagendem Erfolg gegeben wird, bleibt noch bis ins influssive Freitag auf dem Spielplan. Für Samstag findet die Premiere des dreialtigen Schwanens „Das Fliegerleben“ statt, mit welchem die Direction Brana bis jetzt überall außerordentlich große Erfolge erzielte.

#### Aus dem Vereinsleben.

##### Vorberichte, Vereinsversammlungen.

Der „Alpenverein“ macht auf den interessantesten Vortrag des königl. Porträts Eic am Donnerstagabend in der Aula der Mädchenschule nochmals aufmerksam mit dem Versprechen, daß auch Nichtmitglieder Zutritt haben.

In der bishen Abteilung der „Deutschen Kolonialgesellschaft“ spricht Donnerstag, abends 6 Uhr im Hörsaal der höheren Töchterschule Hauptmann a. D. Göring über „Die Tanganjikabahn, den Tanganjikasee und seine Umgebung“ mit Bildern. Der Vortragende kennt die Gegend um den Tanganjikasee aus eigener Anschauung, er war mehrere Jahre Beauftragter von Ujiji und Urundi.

Der Wiesbadener Ortsgruppe des Fraueneinstimmungs-Clubs Hessen Nassau wird am Donnerstag im „Rheinhotel“ einen fünf-Uhr-Zee veranstaltet. Drei Mitglieder des Vereins sprechen über aktuelle Fragen. Nichtmitglieder sind willkommen.

„Sōgoro“, das japanische Schauspiel von Adolf Wendt, durch Damen und Herren aus der bishen Bürgerschaft unter der obhut der Leitung des Hoftheaterspiels W. Andriano dargestellt, gelangt bekanntlich auf Veranlassung des Allgemeinen evangelisch-protestantischen Missionsvereins zur Aufführung. Zur Vermeidung von Irrtümern sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Aufführung am Samstag, abends 4½ Uhr, dagegen die am Sonntag mit Stück auf die auswärtigen Besucher des Nachmittags um 4½ Uhr stattfindet.

#### Aus dem Landkreis Wiesbaden.

— Biebrich, 10. März. Die Vorstandswahlen zur 11. gemeinsamen Ortsfrankensasse, die gestern abend im „Schützenhof“ stattfanden, hatten folgendes Ergebnis: Aus der Gruppe der Arbeitgeber wurden die vorgeschlagenen vier Vorstandsmitglieder sowie acht Erstplatze gewählt. Von den Versicherungsnachern wurden fünf Vorstandsmitglieder und zehn Erstplatze von der Liste des Gewerkschaftsvereins und drei Vorstandsmitglieder nebst sechs Erstplatzen von der bürgerlichen Vorstandsliste gewählt. Die Wahl des Vorstehenden der Kasse soll nach Ablauf der Einspruchsfrist, in 14 Tagen, erfolgen. Der bis zum 31. Dezember 1917 gewählte Vorstand setzt sich jetzt aus 7 bürgerlichen und 5 vom Gewerkschaftsverein gewählten Mitgliedern zusammen. Gestern abend spät versuchte das Dienstmädchen Marie Kr. von Sonnenberg sich im Rhein das Leben zu nehmen. Ihr Vorhaben wurde aber bemerkt und die Lebensmüde, die an einem Gallensteinleiden erkrankt ist, ins hiesige Krankenhaus verbracht.

#### Nassauische Nachrichten.

Sommerwald.

FC. Niedersheim a. Rh., 10. März. Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Freiherr v. Scholtemer-Lieser, hat, wie uns jüden von Berlin gemeldet wird, daß zwischen der Stadt Niedersheim a. Rh. und der Königl. Regierung zu Wiesbaden vereinbart Abkommen wegen der Versorgung des Niederwalds mit Wasser genehmigt. Die Stadt Niedersheim stellt der Regierung das nötige Wasser aus dem städtischen Wasserwerk gegen eine bestimmte Vergütung, das von da mit elektrischer Kraft auf den Niederwald gehoben wird. Die erforderlichen Arbeiten für die Leitung von Niedersheim auf den Niederwald werden sofort ausgeschrieben und so gefördert, daß die Anlage Anfang Mai, während der Kaiser in Wiesbaden besucht, fertiggestellt und im Betrieb steht. Die Wasserversorgungsfrage des Niederwalds ist nämlich durch den Kaiser in Flug gebracht worden und der Initiative des Herrschers zu danken. Der Kaiser wird von Wiesbaden aus den Niederwald besuchen. Außer dem Niederwald wird der Kaiser während seines diesjährigen Aufenthalts in der Kaiserlichen Wiesbaden das Militärgeheimsheim für das 8. und 18. Armeecorps im Kloster Eberbach besichtigen. Bereits während des Aufenthalts des Kaisers im Spätsommer vorigen Jahres auf Schloß Homburg v. d. H. war beschlossen, das Geheimsheim in Eberbach und die kunsthistorischen Gebäude des ehemaligen Klosters Eberbach selbst, das einst auf Veranlassung der Kaiserin Friederich nach einem Besuch der hohen Frau im Jahre 1818 vor weiterem Verfall bewahrt blieb, zu restaurieren. Da die Einrichtung des Geheimschirms im vorigen Jahre noch nicht völlig beendet und die Räume im Klosterbezirk sehr unzureichend waren, nahm der Kaiser auf Bitten des kommandierenden Generals des 18. Armeecorps v. Schenck von dem Besuch damals Abstand. Auch die Marienburg bei Braubach wird der Kaiser während seines diesjährigen Aufenthalts in der Kaiserlichen Wiesbaden das Militärgeheimsheim für das 8. und 18. Armeecorps im Kloster Eberbach besichtigen. Bereits während des Aufenthalts des Kaisers im Spätsommer vorigen Jahres auf Schloß Homburg v. d. H. war beschlossen, das Geheimsheim in Eberbach und die kunsthistorischen Gebäude des ehemaligen Klosters Eberbach selbst, das einst auf Veranlassung der Kaiserin Friederich nach einem Besuch der hohen Frau im Jahre 1818 vor weiterem Verfall bewahrt blieb, zu restaurieren. Da die Einrichtung des Geheimschirms im vorigen Jahre noch nicht völlig beendet und die Räume im Klosterbezirk sehr unzureichend waren, nahm der Kaiser auf Bitten des kommandierenden Generals des 18. Armeecorps v. Schenck von dem Besuch damals Abstand. Auch die Marienburg bei Braubach wird der Kaiser während seines diesjährigen Aufenthalts in der Kaiserlichen Wiesbaden das Militärgeheimsheim für das 8. und 18. Armeecorps im Kloster Eberbach besichtigen. Bereits während des Aufenthalts des Kaisers im Spätsommer vorigen Jahres auf Schloß Homburg v. d. H. war beschlossen, das Geheimsheim in Eberbach und die kunsthistorischen Gebäude des ehemaligen Klosters Eberbach selbst, das einst auf Veranlassung der Kaiserin Friederich nach einem Besuch der hohen Frau im Jahre 1818 vor weiterem Verfall bewahrt blieb, zu restaurieren. Da die Einrichtung des Geheimschirms im vorigen Jahre noch nicht völlig beendet und die Räume im Klosterbezirk sehr unzureichend waren, nahm der Kaiser auf Bitten des kommandierenden Generals des 18. Armeecorps v. Schenck von dem Besuch damals Abstand. Auch die Marienburg bei Braubach wird der Kaiser während seines diesjährigen Aufenthalts in der Kaiserlichen Wiesbaden das Militärgeheimsheim für das 8. und 18. Armeecorps im Kloster Eberbach besichtigen. Bereits während des Aufenthalts des Kaisers im Spätsommer vorigen Jahres auf Schloß Homburg v. d. H. war beschlossen, das Geheimsheim in Eberbach und die kunsthistorischen Gebäude des ehemaligen Klosters Eberbach selbst, das einst auf Veranlassung der Kaiserin Friederich nach einem Besuch der hohen Frau im Jahre 1818 vor weiterem Verfall bewahrt blieb, zu restaurieren. Da die Einrichtung des Geheimschirms im vorigen Jahre noch nicht völlig beendet und die Räume im Klosterbezirk sehr unzureichend waren, nahm der Kaiser auf Bitten des kommandierenden Generals des 18. Armeecorps v. Schenck von dem Besuch damals Abstand. Auch die Marienburg bei Braubach wird der Kaiser während seines diesjährigen Aufenthalts in der Kaiserlichen Wiesbaden das Militärgeheimsheim für das 8. und 18. Armeecorps im Kloster Eberbach besichtigen. Bereits während des Aufenthalts des Kaisers im Spätsommer vorigen Jahres auf Schloß Homburg v. d. H. war beschlossen, das Geheimsheim in Eberbach und die kunsthistorischen Gebäude des ehemaligen Klosters Eberbach selbst, das einst auf Veranlassung der Kaiserin Friederich nach einem Besuch der hohen Frau im Jahre 1818 vor weiterem Verfall bewahrt blieb, zu restaurieren. Da die Einrichtung des Geheimschirms im vorigen Jahre noch nicht völlig beendet und die Räume im Klosterbezirk sehr unzureichend waren, nahm der Kaiser auf Bitten des kommandierenden Generals des 18. Armeecorps v. Schenck von dem Besuch damals Abstand. Auch die Marienburg bei Braubach wird der Kaiser während seines diesjährigen Aufenthalts in der Kaiserlichen Wiesbaden das Militärgeheimsheim für das 8. und 18. Armeecorps im Kloster Eberbach besichtigen. Bereits während des Aufenthalts des Kaisers im Spätsommer vorigen Jahres auf Schloß Homburg v. d. H. war beschlossen, das Geheimsheim in Eberbach und die kunsthistorischen Gebäude des ehemaligen Klosters Eberbach selbst, das einst auf Veranlassung der Kaiserin Friederich nach einem Besuch der hohen Frau im Jahre 1818 vor weiterem Verfall bewahrt blieb, zu restaurieren. Da die Einrichtung des Geheimschirms im vorigen Jahre noch nicht völlig beendet und die Räume im Klosterbezirk sehr unzureichend waren, nahm der Kaiser auf Bitten des kommandierenden Generals des 18. Armeecorps v. Schenck von dem Besuch damals Abstand. Auch die Marienburg bei Braubach wird der Kaiser während seines diesjährigen Aufenthalts in der Kaiserlichen Wiesbaden das Militärgeheimsheim für das 8. und 18. Armeecorps im Kloster Eberbach besichtigen. Bereits während des Aufenthalts des Kaisers im Spätsommer vorigen Jahres auf Schloß Homburg v. d. H. war beschlossen, das Geheimsheim in Eberbach und die kunsthistorischen Gebäude des ehemaligen Klosters Eberbach selbst, das einst auf Veranlassung der Kaiserin Friederich nach einem Besuch der hohen Frau im Jahre 1818 vor weiterem Verfall bewahrt blieb, zu restaurieren. Da die Einrichtung des Geheimschirms im vorigen Jahre noch nicht völlig beendet und die Räume im Klosterbezirk sehr unzureichend waren, nahm der Kaiser auf Bitten des kommandierenden Generals des 18. Armeecorps v. Schenck von dem Besuch damals Abstand. Auch die Marienburg bei Braubach wird der Kaiser während seines diesjährigen Aufenthalts in der Kaiserlichen Wiesbaden das Militärgeheimsheim für das 8. und 18. Armeecorps im Kloster Eberbach besichtigen. Bereits während des Aufenthalts des Kaisers im Spätsommer vorigen Jahres auf Schloß Homburg v. d. H. war beschlossen, das Geheimsheim in Eberbach und die kunsthistorischen Gebäude des ehemaligen Klosters Eberbach selbst, das einst auf Veranlassung der Kaiserin Friederich nach einem Besuch der hohen Frau im Jahre 1818 vor weiterem Verfall bewahrt blieb, zu restaurieren. Da die Einrichtung des Geheimschirms im vorigen Jahre noch nicht völlig beendet und die Räume im Klosterbezirk sehr unzureichend waren, nahm der Kaiser auf Bitten des kommandierenden Generals des 18. Armeecorps v. Schenck von dem Besuch damals Abstand. Auch die Marienburg bei Braubach wird der Kaiser während seines diesjährigen Aufenthalts in der Kaiserlichen Wiesbaden das Militärgeheimsheim für das 8. und 18. Armeecorps im Kloster Eberbach besichtigen. Bereits während des Aufenthalts des Kaisers im Spätsommer vorigen Jahres auf Schloß Homburg v. d. H. war beschlossen, das Geheimsheim in Eberbach und die kunsthistorischen Gebäude des ehemaligen Klosters Eberbach selbst, das einst auf Veranlassung der Kaiserin Friederich nach einem Besuch der hohen Frau im Jahre 1818 vor weiterem Verfall bewahrt blieb, zu restaurieren. Da die Einrichtung des Geheimschirms im vorigen Jahre noch nicht völlig beendet und die Räume im Klosterbezirk sehr unzureichend waren, nahm der Kaiser auf Bitten des kommandierenden Generals des 18. Armeecorps v. Schenck von dem Besuch damals Abstand. Auch die Marienburg bei Braubach wird der Kaiser während seines diesjährigen Aufenthalts in der Kaiserlichen Wiesbaden das Militärgeheimsheim für das 8. und 18. Armeecorps im Kloster Eberbach besichtigen. Bereits während des Aufenthalts des Kaisers im Spätsommer vorigen Jahres auf Schloß Homburg v. d. H. war beschlossen, das Geheimsheim in Eberbach und die kunsthistorischen Gebäude des ehemaligen Klosters Eberbach selbst, das einst auf Veranlassung der Kaiserin Friederich nach einem Besuch der hohen Frau im Jahre 1818 vor weiterem Verfall bewahrt blieb, zu restaurieren. Da die Einrichtung des Geheimschirms im vorigen Jahre noch nicht völlig beendet und die Räume im Klosterbezirk sehr unzureichend waren, nahm der Kaiser auf Bitten des kommandierenden Generals des 18. Armeecorps v. Schenck von dem Besuch damals Abstand. Auch die Marienburg bei Braubach wird der Kaiser während seines diesjährigen Aufenthalts in der Kaiserlichen Wiesbaden das Militärgeheimsheim für das 8. und 18. Armeecorps im Kloster Eberbach besichtigen. Bereits während des Aufenthalts des Kaisers im Spätsommer vorigen Jahres auf Schloß Homburg v. d. H. war beschlossen, das Geheimsheim in Eberbach und die kunsthistorischen Gebäude des ehemaligen Klosters Eberbach selbst, das einst auf Veranlassung der Kaiserin Friederich nach einem Besuch der hohen Frau im Jahre 1818 vor weiterem Verfall bewahrt blieb, zu restaurieren. Da die Einrichtung des Geheimschirms im vorigen Jahre noch nicht völlig beendet und die Räume im Klosterbezirk sehr unzureichend waren, nahm der Kaiser auf Bitten des kommandierenden Generals des 18. Armeecorps v. Schenck von dem Besuch damals Abstand. Auch die Marienburg bei Braubach wird der Kaiser während seines diesjährigen Aufenthalts in der Kaiserlichen Wiesbaden das Militärgeheimsheim für das 8. und 18. Armeecorps im Kloster Eberbach besichtigen. Bereits während des Aufenthalts des Kaisers im Spätsommer vorigen Jahres auf Schloß Homburg v. d. H. war beschlossen, das Geheimsheim in Eberbach und die kunsthistorischen Gebäude des ehemaligen Klosters Eberbach selbst, das einst auf Veranlassung der Kaiserin Friederich nach einem Besuch der hohen Frau im Jahre 1818 vor weiterem Verfall bewahrt blieb, zu restaurieren. Da die Einrichtung des Geheimschirms im vorigen Jahre noch nicht völlig beendet und die Räume im Klosterbezirk sehr unzureichend waren, nahm der Kaiser auf Bitten des kommandierenden Generals des 18. Armeecorps v. Schenck von dem Besuch damals Abstand. Auch die Marienburg bei Braubach wird der Kaiser während seines diesjährigen Aufenthalts in der Kaiserlichen Wiesbaden das Militärgeheimsheim für das 8. und 18. Armeecorps im Kloster Eberbach besichtigen. Bereits während des Aufenthalts des Kaisers im Spätsommer vorigen Jahres auf Schloß Homburg v. d. H. war beschlossen, das Geheimsheim in Eberbach und die kunsthistorischen Gebäude des ehemaligen Klosters Eberbach selbst, das einst auf Veranlassung der Kaiserin Friederich nach einem Besuch der hohen Frau im Jahre 1818 vor weiterem Verfall bewahrt blieb, zu restaurieren. Da die Einrichtung des Geheimschirms im vorigen Jahre noch nicht völlig beendet und die Räume im Klosterbezirk sehr unzureichend waren, nahm der Kaiser auf Bitten des kommandierenden Generals des 18. Armeecorps v. Schenck von dem Besuch damals Abstand. Auch die Marienburg bei Braubach wird der Kaiser während seines diesjährigen Aufenthalts in der Kaiserlichen Wiesbaden das Militärgeheimsheim für das 8. und 18. Armeecorps im Kloster Eberbach besichtigen. Bereits während des Aufenthalts des Kaisers im Spätsommer vorigen Jahres auf Schloß Homburg v. d. H. war beschlossen, das Geheimsheim in Eberbach und die kunsthistorischen Gebäude des ehemaligen Klosters Eberbach selbst, das einst auf Veranlassung der Kaiserin Friederich nach einem Besuch der hohen Frau im Jahre 1818 vor weiterem Verfall bewahrt blieb, zu restaurieren. Da die Einrichtung des Geheimschirms im vorigen Jahre noch nicht völlig beendet und die Räume im Klosterbezirk sehr unzureichend waren, nahm der Kaiser auf Bitten des kommandierenden Generals des 18. Armeecorps v. Schenck von dem Besuch damals Abstand. Auch die Marienburg bei Braubach wird der Kaiser während seines diesjährigen Aufenthalts in der Kaiserlichen Wiesbaden das Militärgeheimsheim für das 8. und 18. Armeecorps im Kloster Eberbach besichtigen. Bereits während des Aufenthalts des Kaisers im Spätsommer vorigen Jahres auf Schloß Homburg v. d. H. war beschlossen, das Geheimsheim in Eberbach und die kunsthistorischen Gebäude des ehemaligen Klosters Eberbach selbst, das einst auf Veranlassung der Kaiserin Friederich nach einem Besuch der hohen Frau im Jahre 1818 vor weiterem Verfall bewahrt blieb, zu restaurieren. Da die Einrichtung des Geheimschirms im vorigen Jahre noch nicht völlig beendet und die Räume im Klosterbezirk sehr unzureichend waren, nahm der Kaiser auf Bitten des kommandierenden Generals des 18. Armeecorps v. Schenck von dem Besuch damals Abstand. Auch die Marienburg bei Braubach wird der Kaiser während seines diesjährigen Aufenthalts in der Kaiserlichen Wiesbaden das Militärgeheimsheim für das 8. und 18. Armeecorps im Kloster Eberbach besichtigen. Bereits während des Aufenthalts des Kaisers im Spätsommer vorigen Jahres auf Schloß Homburg v. d. H. war beschlossen, das Geheimsheim in Eberbach und die kunsthistorischen Gebäude des ehemaligen Klosters Eberbach selbst, das einst auf Veranlassung der Kaiserin Friederich nach einem Besuch der hohen Frau im Jahre 1818 vor weiterem Verfall bewahrt blieb, zu restaurieren. Da die Einrichtung des Geheimschirms im vorigen Jahre noch nicht völlig beendet und die Räume im Klosterbezirk sehr unzureichend waren, nahm der Kaiser auf Bitten des kommandierenden Generals des 18. Armeecorps v. Schenck von dem Besuch damals Abstand. Auch die Marienburg bei Braubach wird der Kaiser während seines diesjährigen Aufenthalts in der Kaiserlichen Wiesbaden das Militärgeheimsheim für das 8. und 18. Armeecorps im Kloster Eberbach besichtigen. Bereits während des Aufenthalts des Kaisers im Spätsommer vorigen Jahres auf Schloß Homburg v. d. H. war beschlossen, das Geheimsheim in Eberbach und die kunsthistorischen Gebäude des ehemaligen Klosters Eberbach selbst, das einst auf Veranlassung der Kaiserin Friederich nach einem Besuch der hohen Frau im Jahre 1818 vor weiterem Verfall bewahrt blieb, zu restaurieren. Da die Einrichtung des Geheimschirms im vorigen Jahre noch nicht völlig beendet und die Räume im Klosterbezirk sehr unzureichend waren, nahm der Kaiser auf Bitten des kommandierenden Generals des 18. Armeecorps v. Schenck von dem Besuch damals Abstand. Auch die Marienburg bei Braubach wird der Kaiser während seines diesjährigen Aufenthalts in der Kaiserlichen Wiesbaden das Militärgeheimsheim für das 8. und 18. Armeecorps im Kloster Eberbach besichtigen. Bereits während des Aufenthalts des Kaisers im Spätsommer vorigen Jahres auf Schloß Homburg v. d. H. war beschlossen, das Geheimsheim in Eberbach und die kunsthistorischen Gebäude des ehemaligen Klosters Eberbach selbst, das einst auf Veranlassung der Kaiserin Friederich nach einem Besuch der hohen Frau im Jahre 1818 vor weiterem Verfall bewahrt blieb, zu restaurieren. Da die Einrichtung des Geheimschirms im vorigen Jahre noch nicht völlig beendet und die Räume im Klosterbezirk sehr unzureichend waren, nahm der Kaiser auf Bitten des kommandierenden Generals des 18. Armeecorps v. Schenck von dem Besuch damals Abstand. Auch die Marienburg bei Braubach wird der Kaiser während seines diesjährigen Aufenthalts in der Kaiserlichen Wiesbaden das Militärgeheimsheim für das 8. und 18. Armeecorps im Kloster Eberbach besichtigen. Bereits während des Aufenthalts des Kaisers im Spätsommer vorigen Jahres auf Schloß Homburg v. d. H. war beschlossen, das Geheimsheim in Eberbach und die kunsthistorischen Gebäude des ehemaligen Klosters

war über einen Fuß lang und zerteilte den schönen Säter der Venus vollständig. Bevor die Wärter die Täterin ergreifen, brachte diese dem Bild noch 6 oder 7 scharfe Schnitte bei. Der Direktor der Galerie Turner gab folgendes Gutachten über den Schaden ab: Das Bild hat sieben deutliche Schnitte gerade auf den wichtigsten Teilen erhalten. Die sieben Verleugnung ist eine zerfetzte Sammarte, die mit dem nächsten Ende der Art ausgeführt zu sein scheint. Der Verkaufswert des Bildes sei um 200 000 bis 300 000 M. verringert worden, doch in Anbetracht der Sauberkeit der Schnitte würden sich die Kosten der Wiederherstellung wahrscheinlich auf weniger als 2000 M. stellen.

#### Eine neue Unrat der Wahlweiber.

S London, 11. März. (Eig. Drahtbericht) Während noch die Erregung über die Erföhrung des Belasque-Kunstwerks in allen Kreisen des Volkes nachzittert, kommt die Nachricht von einer neuen Unrat der Wahlweiber. In Nottingham haben Suffragetten die Gebäude auf den Gütern der Stadtverwaltung in Brand gelegt. Auf der Brandstätte wurden Frauenstimmrechtschriften aufgefunden.

#### Falsche Alarmnachrichten.

S Berlin, 11. März. (Eig. Drahtbericht) In Berlin war gestern das Gericht verbreitet, in der Provinz Ostpreußen mache sich bereits wieder angesichts der alarmierenden Meldungen über die russischen Mützungen eine Panik bemerkbar. Man wußte von Anzeichen eines unmittelbar bevorstehenden Kriegs auf die Spuren und die Flucht namentlich ostpreußischer Gutsbesitzer hinter die Mauern der ostpreußischen Provinzialhauptstadt usw. zu begreifen. Nach Informationen, die wir in Königsberg eingezogen haben, entbehren diese Gerüchte jeder Grundlage. Sie beruhen auf freier Erfindung. In Ostpreußen ist erfreulicherweise alles so ruhig und befreit wie im übrigen Deutschland.

#### Eine Probeeinweihung der königlichen Bibliothek.

# Berlin, 11. März. (Eig. Drahtbericht) Am Sonntag, den 15. d. M., 1/12 Uhr, wird eine Probe-einweihung der königlichen Bibliothek abgehalten, deren Einweihung bekanntlich am 22. in Aussicht genommen ist. Der Kaiser wird an dieser Probe teilnehmen. Um eine bessere Erprobung der künftigen Verhältnisse zu erzielen, werden Soldaten des Alexanderregiments und Offiziere mit ihren Damen die Sitze des Kuppelsaales einnehmen.

#### Wiedererrichtung einer braunschweigischen Gesandtschaft am preußischen Hofe.

wb. Braunschweig, 11. März. Dem braunschweigischen Landtag ist eine Vorlage, betr. Wiedererrichtung einer braunschweigischen Gesandtschaft am preußischen Hofe, zugegangen.

#### Der kommende italienische Ministerpräsident.

wb. Paris, 11. März. Wie der „Matin“ aus Rom erfährt, wird die Neubildung des italienischen Kabinets

dem von Giolitti empfohlenen früheren Ministerpräsidenten Sonnino übertragen werden. Wie es heißt, ist dieser jedoch nur dann bereit, die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen, wenn Giolitti das neue Kabinett solange unterstützt, bis es die in Aussicht genommene Reorganisation der Finanzen zu Ende geführt hat. Nach einer anderen Version soll Sonnino nur dann zur Annahme des Präsidentenpostens bereit sein, wenn der König ihm im voraus die Ermächtigung erteilt, im Ernstfalle die Kammer aufzulösen.

#### Fortsetzung der Räumung durch die Griechen.

wb. Athen, 11. März. (Meldung der Agence d'Athènes) Die Räumung von Epizus wird fortgesetzt. Der Bezirk Kolonia ist gestern der albanischen Gendarmerie ohne Zwischenfall übergeben worden.

#### Eine Skandalaffäre in Japan.

S London, 11. März. (Eig. Drahtbericht) In der japanischen Stadt Nioto ist eine große Skandalaffäre aufgedeckt worden, in die hohe Würdenträger des West und östlichen Pontifikats verwickelt sind. Vier Oberpriester und Beamte wurden verhaftet. Sie werden beschuldigt, große Geldsummen, die dem Tempel gehören, veruntreut zu haben.

#### Eine Missionstation von chinesischen Räubern überfallen.

wb. Peking, 11. März. Vier- bis fünfhundert Räuber drangen durch Berrat in die norwegische Missionsstation Lachowau in der Provinz Hupe ein, plünderten sie und zündeten sie dann an. Der Missionar Troyland wurde getötet, der Missionar Sama schwer verwundet. Die Räuber erbeuteten die Munition, 600 bis 700 Gewehre und verschiedene Geschütze und zwangen die Kulis, die Beute fortzuschaffen.

#### Ein eigenartiger Unfall beim Schießen mit schweren Geschützen.

wb. Paris, 11. März. Wie aus Orient gemeldet wird, wurde durch die bei den Schießübungen mit schweren Marinegeschützen hervorgerufene Entzündung der Eisenstütze eines Gehöftes in Riantec verursacht. Der Bürgermeister des Orts richtete an die Behörde das Ansuchen, daß Maßnahmen getroffen werden, um das Leben und Eigentum der benachbarten Landwirte zu schützen.

#### Ein Riesenfeuer.

wb. New Orleans, 10. März. Nach einer funken-telegraphischen Meldung aus dem Hafen Ceiba im Staat Honduras wütet dort ein riesiges Feuer. Zur Zeit der Absendung der Meldung waren 23 Häuserblocks in der Stadt zerstört und andere sind von dem gleichen Schicksal bedroht. Der Schaden wird auf 10 Millionen Dollar geschätzt.

#### Ein Kirchenräuber.

wb. Hamburg, 11. März. Der vor einigen Tagen in Cuxhaven verhaftete Kirchenräuber, der sich Leo Gardin nannte, ist jetzt durch die Hamburger Polizei überführt worden, in der Nacht zum 2. Januar in Neapel den Pastor Koch,

der ihn bei einem Kirchenaub übertraute, erschossen zu haben. Der Verbrecher heißt richtig Ernst Soale und stammt aus Königsberg. Er ist vielfach schwer vorbestraft und hat noch eine 7½-jährige Zuchthausstrafe zu verbüßen.

wb. London, 11. März. Die „Times“ zeigt an, daß sie von der nächsten Woche ab ihren Preis für das Exemplar auf einen Penny herabsetzt. Auf dem Kontinent wird das Exemplar 25 Pf. kosten.

## Wetterberichte.

### Deutsche Seewarte Hamburg.

#### 12. März, 8 Uhr vormittags.

1 = sehr leicht, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark.  
7 = stief, 8 = starreich, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm.

Beobachtungsstation	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur Celsius	Beobachtungsstation	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur Celsius
Borkum . . .	SW 2	Nebel	+ Scilly . . .	762,5	NNW & halbed.	- 6			
Hamburg . . .	SW 3	bedeckt	Aberdeen . . .	766,4	W 2	wolzaal.	- 1		
Swinemünde . . .	NNO 2	wolkig	Paris . . .	768,0	W 2	wolzaal.	- 1		
Malmö . . .	NOS 3	halbed.	Vilseking . . .	769,7	NNW 2	halbed.	- 4		
Aachen . . .	WSW 2	bedeckt	Christianslund . . .	770,0	W 2	wolzaal.	- 1		
Hannover . . .	WNW 2	halbed.	Skagen . . .	770,5	W 2	wolzaal.	- 1		
Berlin . . .	WNW 3	bedeckt	Kopenhagen . . .	770,6	W 2	wolzaal.	- 1		
Dresden . . .	WNW 2	>	Stockholm . . .	770,6	W 2	besser	- 7		
Breslau . . .	W 2	>	Barcelona . . .	749,1	NNW 2	bedeckt	- 8		
Metz . . .	W 4	wolkig.	Potsdam . . .	748,8	NO 1	Nebel	- 3		
Karlsruhe, B. 7,1	WSW 1	neist.	Warschau . . .	752,2	WSW 2	bedeckt	- 5		
München . . .	SW 4	bedeckt	Wien . . .	769,1	WNW 3	Regen	- 4		
Zugspitze . . .	WSW 2	Schne	Rom . . .	768,0	SO 1	bedeckt	- 16		
Valencia . . .	ONO 1	wolkig	Florenz . . .	765,1	S 1	Regen	- 11		

#### Beobachtungen in Wiesbaden

von der Wetterstation des Natur-Vereins für Naturkunde.

10. Uhr	7 Uhr	2 Uhr	9 Uhr	Mittel
Barometer auf 0° und Normalschwelle	738,4	741,2	748,4	742,0
Barometer auf dem Meeresspiegel	745,5	751,8	756,8	752,0
Thermometer (Celsius)	9,9	8,9	8,7	7,6
Dunstspannung (mm)	7,8	4,7	4,2	5,6
Relative Feuchtigkeit (%)	87	55	61	67,7
Wind-Richtung und -Stärke	SW 1	W 3	W 3	-
Niederschlags Höhe (mm)	13	-	-	-

Höchste Temperatur (Celsius) 11. L. Niedrigste Temperatur 5,7.

#### Wettervoraussage für Donnerstag, 12. März 1914, von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M.

Wolkig, meist trocken, nachts kalt, westliche bis nordwestliche Winde.

#### Wasserstand des Rheins

am 11. März:  
Biebrich. Pegel: 4,50 m gegen 5,00 m am gestrigen Vormittag  
Caub. " 5,81 m " 5,35 m " "  
Mainz. " 3,91 m " 3,64 m "



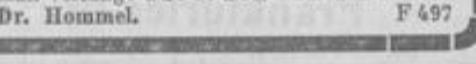
## Bei Appetitosigkeit

Dr. Hommel's Haematoxin

20jähriger Erfolg!

Warnung! Man verlange ausdrücklich den Namen Dr. Hommel.

F 497



#### Banken und Geldmarkt.

w. Pennsylvania-Bahn, New York, 10. März. Die Generalversammlung der Pennsylvania-Bahn erließ dem Verwaltungsrat die Ermächtigung, eine Hypothek zu errichten, auf Grund deren Bonds ausgegeben werden sollen oder solche Beträge und zu solchen Zeiten, wie die Geldbedürfnisse der Gesellschaft es erforderlich machen.

#### Berg- und Hüttenwesen.

\* Donnersmarckhütte, A.-G. Wie die Verwaltung mitteilt wird der Generalversammlung bei erhöhten Abschreibungen eine Dividende von 24 Proz. (i. V. 20 Proz.) vorgeschlagen. Ferner beschloß der Aufsichtsrat zur Deckung der Kosten für die Erweiterung der Anlagen und Neuerwerbungen die Erhöhung des Aktienkapitals von 12 616 000 M. auf 15 128 000 M. Die neuen Aktien sollen den Aktionären im Verhältnis von 5:1 zu einem Kurse von ca. 170 Proz. angeboten werden.

\* Concordia-Rombach. Die Concordia Bergbau-A.-G. in Oberhausen, hielt gestern eine Aufsichtsratssitzung ab, in der beschlossen wurde, wieder eine Dividende von 23 Proz. vorzuschlagen. Ferner wurden Beratungen gepflogen wegen des Abschlusses einer Interessengemeinschaft mit den Rombacher Hüttenwerken. Die Verhandlungen wurden zum Abschluß gebracht. Es ist die Form eines Pachtvertrages gewählt worden, wonach die Rombacher Hüttenwerke in den fünf ersten Jahren des Pachtverhältnisses den Aktionären der „Concordia“ eine Jahresdividende von 21 Proz. und auf die nächsten 25 Jahre eine solche von 22 Proz. unter Aufrechterhaltung der bisherigen Abschreibungen garantiert. Die Rombacher Hüttenwerke haben andererseits das Recht, nach zehn Jahren und nach dreißig Jahren die Concordia-Bergbaugesellschaft auf Grundlage eines Aktienkurses von 375 Proz. ganz zu übernehmen.

= Badische Eisenwerke. Wetzlar, 10. März. In der heutigen Aufsichtsratssitzung der Badischen Eisenwerke wurde der Rechnungsbuchführ für das Jahr 1913 vorgelegt. Der Rohgewinn stellt sich auf 4 390 163 M. (im Vorjahr 4 234 284 M.) Nach Abschreibungen auf Anlagen in Höhe von 2 222 587 M. (2 088 336 M.) und Tilgung der restlichen Kosten für die 1912 Anteile in Höhe von 113 863 M. (230 020 M.) sowie von weiter entstandenen Kosten der Verschmelzung der Zechen Massen in Höhe von 75 430 M. (—) verbleibt ein Reinewinn von 1 783 282 M. (1 915 927 M.), zu welchem der Vortrag aus dem Vorjahr mit 227 637 M. (229 740 M.) noch hinzukommt. Der am 8. April in Frankfurt a. M. stattfindenden Hauptversammlung soll folgende Gewinnverteilung vorgeschlagen werden: Zuweisung zur gesetzlichen Rücklage 98 914 Mark (95 976 M.), 7 Proz. Dividende auf 23 000 000 M. Aktienkapital = 1 540 000 M. (wie i. V.), vertragliche und satzungsgemäß Vergütung an Aufsichtsrat, Vorstand und Beamt: 240 497 M. (217 234 M.). Für gemeinnützige Zwecke und Belohnungen an Arbeiter werden 75 000 M. (wie i. V.) vorgesehen. Es verbleibt dann ein Vortrag auf neue Rechnung von 261 508 M. (227 637 M.).

#### Die Abend-Ausgabe umfasst 10 Seiten.

Übersetzer: H. Degerborn.

Berantwortlich für den zentralen Teil: H. Degerborn; für Beiträge: A. v. Rauendorff; für das Stadt- und Land- U. Kölber; für Geschichts- G. Tiefenbach; für Sport und Spiel: R. Günther; für Gemälde und Skulpturen: C. Rosenthal; für Handel: W. Egli; für die Ausgaben und Beiträge: G. Dornatz; ähnlich in Wiesbaden.

Druck und Verlag der U. Schellendorf'schen Hof-Buddeuden in Wiesbaden.

## Handelsteil.

### Berliner Börse.

S Berlin, 11. März. (Eig. Drahtbericht) Mit dem Aufrufen der Preßerörerungen über die russische Politik wagt sich auch die Unternehmenslust wieder hervor, zumal von den Auslandsplätzen bessere Berichte vorliegen. Günstigen Einfluß hatte die Besserung in New York, da man hofft, daß es endlich dort zu stabilisierten Verhältnissen kommen wird. An dem Geschäft beteiligen sich aber nur berufliche Kreise, da das Publikum noch immer unter dem Eindruck der politischen Kräfte steht. Besserungen waren namentlich am Montanmarkt zu verzeichnen. Katiowitzer gut erhalten. In Rombach realisierten die Mitaufsteller, da man nach dem Zustandekommen der Interessengemeinschaft mit der Concordia (vergl. besonders Notiz) mit einer Kapitalerhöhung rechnet. Elektrowerte und Schiffahrtsaktien gut behauptet bzw. erhöht. Der heimische Bankenmarkt lag verhältnismäßig höher.

= Frankfurt a. M., 11. März. (Eig. Drahtbericht) Die Spekulation fand heute keinerlei Anregung, um aus ihrer seither beobachteten Zurückhaltung herauszutreten. Der

1 Pf. Sterling	23.40
1 Franc, 1 Lire, 1 Peseta, 1 L. &.	2.40
1 österr. fl. i. O.	2.40
1 fl. d. Whr.	1.70
1 österr.-ungar. Krone	.85
100 fl. öst. Konv.-Münze	105 fl. Whr.
skand. Krone	1.125

1 Franc, 1 Lire, 1 Peseta, 1 L. &.	2.40
1 österr. fl. i. O.	2.40
1 fl. d. Whr.	1.70
1 österr.-ungar. Krone	.85
100 fl. öst. Konv.-Münze	105 fl. Whr.
skand. Krone	1.125

# Kursberichte vom 11. März 1914.

Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts.

## Berliner Börse.

Div. Bank-Aktien, In %

9 1/2 Berliner Handelsge. 16%

9 Commerz. u. Disc.-B. 11.25

6 1/2 Darmstädter Bank 12.25

12 1/2 Deutsche Bank 25.10

6 D. Er. u. Wechsel 11.15

10 Discorts-Commod. 186.90

8 1/2 Dresden Bank 157.75

7 Meiningen Hyp.-Bank 139.30

6 1/2 Mittelld. Creditbank 123.90

7 Nationalso. I. Deutsch. 117.

10 1/2 Österr. Konv.-Münze —

13 Petersburg. Intern. Bk 208.80

5.85 Reichsbank 135.

3 Schaffha. Bankverein 105.00

Bahnen und Schiffahrt.

9 1/2 Canada-Pacific 211.60

6 Baltimore und Ohio 80.10

6 Deutsche E.-Betr.-G. 111.

9 Hamh.-Am. Paket. 161.90

15 Hansa-Dampfschiff. 280.75

5 Niederwaldbahn 19.50

5 Nordl. Lloyd 125.

7 Österr.-Ung. Staatsb. 21.90

0 Österreich. Südb.(Lomb.)

7 Orient. E.-Betr.-G.

6 Pennsylvania —

6 1/2 Südd. Eisenbah.-G. 130.

6 1/2 Schamberg-Eisenb. 140.80

Brauereien.

15 Schuhfisch. 267.

10 Leipzig. Bierbr. Riebeck 172.50

0 Wiesbad. Kronenbr. 11.60

Bau- u. Tiefbohr-Unternehm.

2 Beton- und Mauerba. 165.

21 Deutsche Erdöl-Oes. 248.25

5 Oehrdorf &amp; König 235.85

0 Neue Boden-A.-G. 87.50

Bergwerks-Unternehmungen.

13 Aumetz-Friede 166.30

13 Baroper Walzwerk 121.50

14 Bochumer Gußstahl 22.4.

16 Concordia Bergbau 366.

11 Deutsch-Luxemb. 8

20 Dömerschmärf. 399.60

12 Eisenwerke Kraft 185.75

18 Eisenhütte Thale 225.25

8 Fuchs. Bergwerks 221.50

15 Geisweder Els.-werk 149.50

10 Gelsenk. Bergwerk. 193.70

8 Harpener Bergbau 184.

22 Höchz.-Eisen u. Stahl 233.80

13 Ike Bergbau 507.75

4 Königs- u. Lausitzhütte 158.50

10 Lauschaer kom. 183.25

13 Leonh.-Braschkohlen 157.25

15 Mannesm.-Röhrenw. 205.90

17 Mühl. Bergwerks. 173.75

12 Oberschl. Kokow. 233.50

12 Pöhlitz-Bergb. u. Hütte 240.

12 Rhen.-Nass. Bergw. 228.20

Div.

In %

12 Rheinische Stahlw. 180.10

10 siebeck Manuf. 267.80

10 Rombacher Hüthenw. 181.80

10 Wittener Stahlrohren 180.

Chemische Werke.

10 Albert. Chem. W. 455.

25 Bad. Anilin u. Soda. 642.

10 Deutz. Hyp.-B. 187.

6 Dr. Natib. in Stern. 118.

9 do. Überseebank 160.00

6 do. Ver.-Bank 117.

10 Diconto-Oes. 201.

14 Ang. Wegelin 217.25

Elektrizitätsgesellschaften.

25 Akkumulatoren 336.

14 Allgem. Elekt.-Ges. 246.25

5 Bergmann Elekt. 125.

10 Deutsc. Uebers.-El. 176.25

10 El. Ustern. Zürich 194.25

10 Ges. f. elektr. Ustern 171.10

9. 9. Othoher.O.-C. B. 112.80

9. 8. Lux. Intern. Bankfr. 182.

7. 7. Metallb. u. Met. 135.25

5/4 Mittfeld. Bälker. Gr. 88.

7. 7. Mittfeld. Kredib. 124.

14. 14. Boch. Bb. u. G. 181.

7. 7. Naibk. f. Dtsch. 117.25

11. 12. Nährh.-Vereinsb. 250.50

6. 7. Buderus Eisen. 160.50

10. 23. Ost. Länderb. 125.

12. 12. Asmets-Friede 168.

10. 25. Dresdner Bank 158.20

12. 12. Eisenbahnbank 158.75

10. 15. Zellit.-Fahr. Wied. 226.50

15. 25. Zuckerfab. Frankf. 402.30

Div. Bergwerks-Aktionen.

Vor. Letzt.

In %

12. 12. Asmets-Friede 168.

10. 15. Friedr.shütte 164.

10. 10. Oelsenkirchen 151.50

11. 10. Deutsch-Luxemb. 139.75

9. 10. Eschweiler.Bergw. 231.50

10. 15. Friedrichshütte 164.

10. 10. Oelsenkirchen 151.50

9. 11. Marpener Bergw. 185.37

9. 11. Hibernal Bergw. —

10. 10. Kaliw. Ascherh. 159.50

11. 13. Westerc. 207.25

12. 12. Riebeck. Montan. 167.50

6. 8. V. Kün.-u.Laura Th. 158.

19. 25. Östr. Alp. M. öfl. —

Div. Industrie-Aktionen.

Vor. Letzt.

In %

10 Adler. Port.-Cement 117.75

25 D. Waff. u. Mun.-P. 61.9.

11 Ammonitr. 230.

11 Kostheim Zellulose 109.75

12 Varziner Papier. 120.

Div. Verschiedene.

10 Adler. Port.-Cement 117.75

25 D. Waff. u. Mun.-P. 61.9.

11 Ammonitr. 230.

11 Kostheim Zellulose 109.75

12 Varziner Papier. 120.

Div. Deutsche Kolonial-Ges.

11. 10. Olavyminten Fr. 116.50

5. 7. 7. South WestAfr.C. —

Ult. 118.75

Div. Industrie-Aktionen.

Vor. Letzt.

In %

14. 20. Alum.Neuh.(50%)Fr. 206.

10. 19. Aschfing.Buntpap. 176.

8. 8. 8. Masch.-Fabrik. 123.50

12. 12. Bad. Zerk. Wash. B. 215.70

3. 3. 3. Bau+Saddl. soz.-e. 66.

15. 15. Bleist.-Fabr. Nob. 207.30

9. 9. 10. Bamb.-Ans. Pack. 142.

5. 5. 7. Nordd. Lloyd. 124.57

Div. Provinzial- u. Kommunal Obligationen.

In %

4. 4. Kehmpr. 20, 21, 31-34. 4.

30. 30. do. 22, 23. 3.

30. 30. do. 18. 4.

3. 3. do. 9. 11. 14.

4. 4. Pr. Oberber. mit 17.

5. 5. Frikla. M. v. 05 u. 14.&lt;/div